

Büro für Integration

des Kreises Groß-Gerau



Jahresbericht 2020



Steuerung/Büro für Integration
Wilhelm-Seipp-Str. 4
64521 Groß-Gerau
Tel.: 06152 989 517
bfi@kreisgg.de

Impressum

Kreisausschuss des Kreises Groß-Gerau
Fachbereich Steuerung
Wilhelm-Seipp-Str. 4
64521 Groß-Gerau

Kontakt:

Kreisausschuss des Kreises Groß-Gerau
Fachbereich Steuerung/Büro für Integration
Wilhelm-Seipp-Str. 4
64521 Groß-Gerau

bfi@kreisgg.de

netzwerk-demokratie@kreisgg.de

Webseite:

www.kreisgg.de/integration

www.kreisgg.de/netzwerk-demokratie

Verfasser*innen:

Frank, Patrizia

Garofalo, Ivan

Kuş, Nilüfer

Müller, Lena

Yıldız, Sedef

in Abstimmung mit Plettrichs, Regina

Bildmaterial:

AdobeStock©bayuprahara

Alle Rechte vorbehalten. Vervielfältigung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet.

Stand: Februar 2021

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	
1. Entwicklungen und Ergebnisse im Jahr 2020	4
1.1. Gremien und Netzwerke	5
1.1.1. Integrationsmanagement	5
1.1.2. Antirassismuserbeit	14
1.2. Projekte und Maßnahmen	17
1.2.1. Integrationsmanagement	17
1.2.2. Antirassismuserbeit	21
2. Rückblick 2020 und Ausblick 2021	24
3. Anhang: Rechtsextreme Aktivitäten, Auffälligkeiten und rassistische Angriffe auf Menschen und Institutionen im Landkreis Groß-Gerau	26
4. Glossar zur Dokumentation rechtsextremer Aktivitäten, Auffälligkeiten und rassistischen Angriffen auf Menschen und Institutionen im Landkreis Groß-Gerau	35

Vorwort

Im Kreis Groß-Gerau leben 282.164 Menschen in 14 Städten und Gemeinden (Stand 31.12.2019). Insgesamt hat etwa 45,4% der Bevölkerung einen sogenannten Migrationshintergrund, das sind 128.000 Einwohner*innen. Davon besitzen 65.896 Personen einen ausländischen Pass (23,4%).

Vorliegender Bericht gibt einen Überblick über das Leistungsspektrum sowie einen Einblick in die vielfältigen Aufgabenfelder des Büros für Integration im Jahr 2020. Tätigkeiten, die sich in der alltäglichen Arbeit des Integrationsbüros zeigen, wie z. B. Beratungsleistungen, Vermittlungen zwischen unterschiedlichen Stellen, Personen oder Personengruppen, Übersetzungsanfragen, Informationsweitergaben oder auch Beschwerdeanfragen unterschiedlicher Art, sind darin nicht aufgeführt.

Die Arbeit im Jahr 2020 war, wie für viele andere Bereiche, geprägt von der Corona-Pandemie. Aufgrund der Pandemie konnte Vieles gar nicht oder nur beschränkt stattfinden. Viele Veranstaltungen sind ausgefallen, jedoch sind auch neue Maßnahmen entstanden, um in dieser außerordentlichen Zeit die Zielgruppen erreichen und unterstützen zu können.

Für detaillierte Informationen zu den Zielen und Aufgaben des Büros für Integration, Aufbau und Struktur und den Strategieansätzen wird auf den Jahresbericht für 2019, der dem Sozialausschuss des Kreistages am 01.12.2020 zur Kenntnis vorlag, verwiesen.

Darüber hinaus sind Informationen zu den Gremien, Arbeitsgruppen und Netzwerken sowie Projekte und Maßnahmen in der „Konzeption und Aufgabenstellung des Büros für Integration des Kreises Groß-Gerau“ enthalten, abrufbar auf der Homepage des Kreises Groß-Gerau unter www.kreisgg.de/integration.

Das Büro für Integration Kreis Groß-Gerau

1. Entwicklungen und Ergebnisse im Jahr 2020

Die Vorstellung der Entwicklungen und der Ergebnisse im Jahr 2020 erfolgt in zwei Abschnitten: Gremien und Netzwerke (4.1.) und Projekte und Maßnahmen (4.2.). Die Übersicht ist thematisch unterteilt in zwei Bereiche, die die zwei Säulen der Arbeit im Büro für Integration bilden: **Integrationsmanagement** und **Antirassismuserbeit**. Aus den Gremien und Projekten, die durch das Büro für Integration nicht koordiniert, sondern durch aktive Teilnahme begleitet und unterstützt werden, werden lediglich über Entwicklungen und Ergebnisse berichtet, die in den Zuständigkeitsbereich des Büros für Integration fallen.

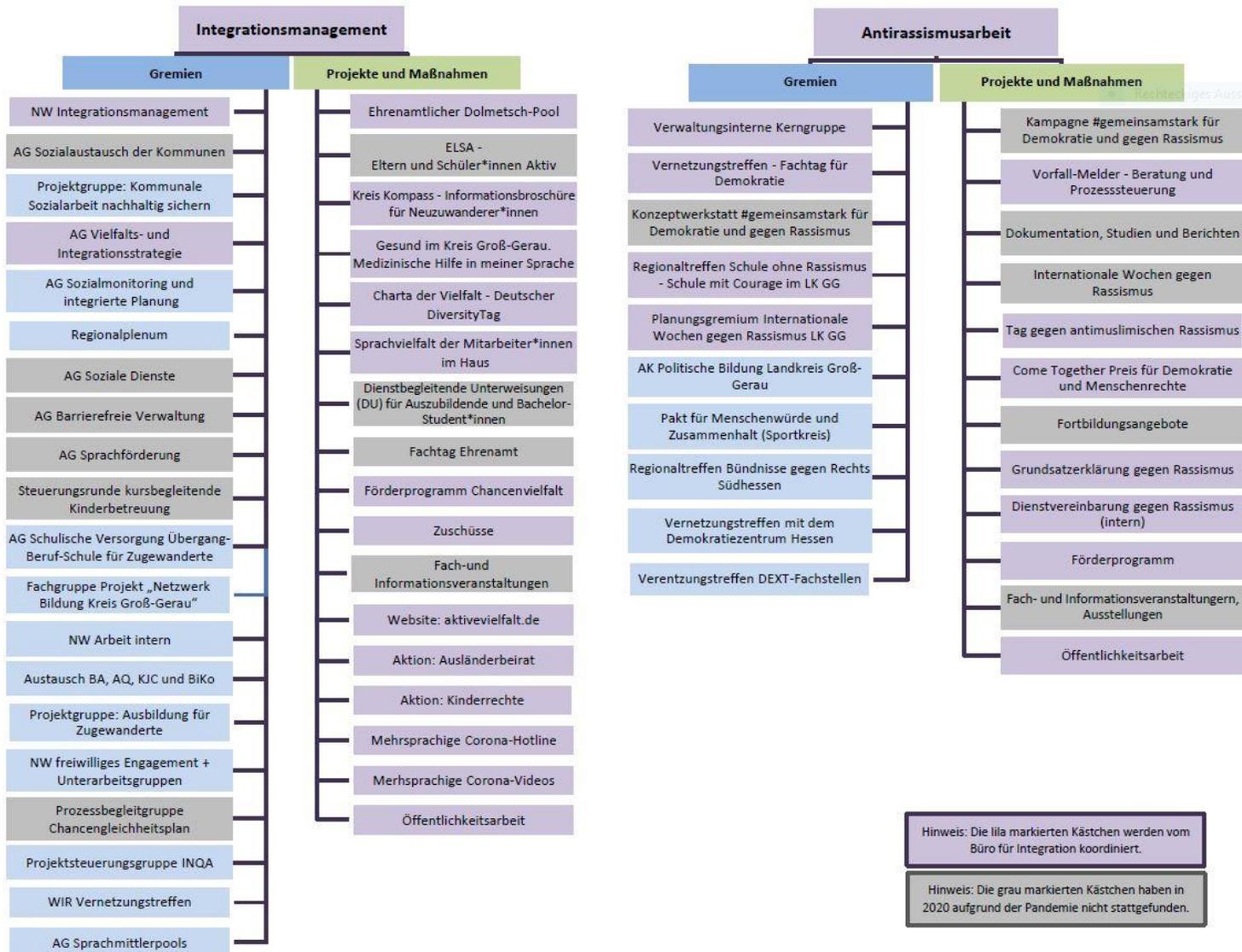


Abbildung 1: Übersicht Gremien, Netzwerke, Projekte und Maßnahmen im Büro für Integration

1.1. Gremien und Netzwerke

1.1.1. Integrationsmanagement

Netzwerk Integrationsmanagement

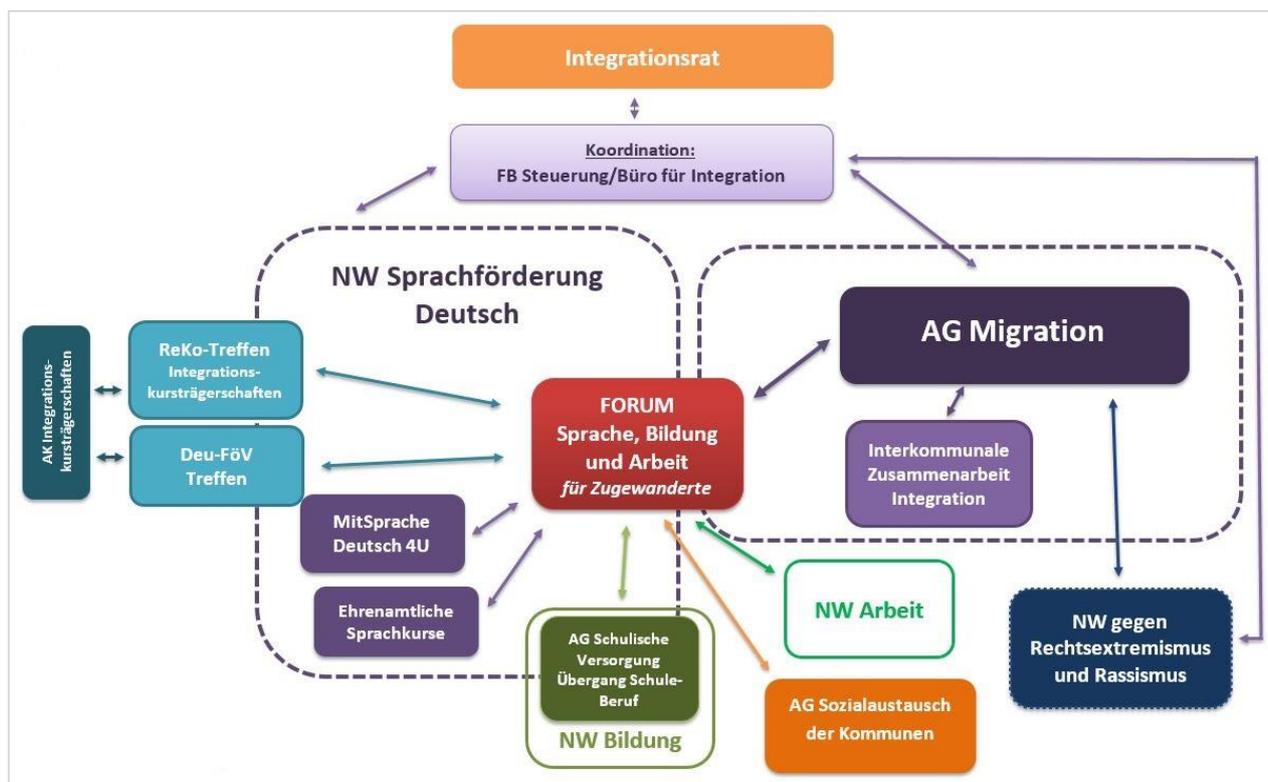


Abbildung 2: Arbeitsgruppen des Netzwerkintegrationsmanagements

a) ReKo-Trägertreffen

Die ReKo-Trägertreffen haben trotz der Corona-Pandemie regelmäßig stattgefunden, da sie alle Beteiligten im Bereich Integrations- und Sprachkurse vor große Herausforderungen gestellt hat und ein Informationsaustausch untereinander, aber auch mit der Regionalkoordinatorin des BAMF, besonders notwendig war. Die Sitzungen haben virtuell in Form einer Webkonferenz stattgefunden. Themen waren:

- Rahmenbedingungen für die Wiederaufnahme des Kursbetriebs im Integrationsbereich und die Fortführung von Online-Tutorien unter angepassten Rahmenbedingungen während der Pandemiezeit.
- Austausch über Unterrichtsmodelle und deren Umsetzung (Sprachkursträgerschaften konnten für alle zwischen dem 01.07.20 und dem 31.12.20 neu beginnenden Kursabschnitte zwischen 5 Unterrichtsmodellen wählen).
- Kursplanung der Sprachkursträgerschaften zur besseren zeitnahen Zuweisung von Teilnehmenden.
- Gemeinsame Vorbereitung auf eine zweite „Coronawelle“ (Worst-Case-Szenario).

Fazit: Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hat nach der Schließung der Bildungseinrichtungen wegen der Corona-Pandemie Geld in die Hand genommen, um digitale Kursangebote auf die Beine zu stellen. Doch galt die Pandemie-Zulage für neu beginnende Kursabschnitte ab dem 1.7.20 und nicht für Kursabschnitte, die vorher begonnen haben und aufgrund der Pandemie pausierten. Dies führte bei einigen Sprachkursträgerschaften zu wirtschaftlichen Problemen.

Digitale Angebote konnten aufgrund Mangel von Internet-Zugang, digitaler Endgeräte oder unzureichender Medienkompetenz nicht alle Teilnehmende erreichen.

Auch ist der individuelle Beratungsaufwand für die digitalen Lernplattformen unterschätzt worden – sowohl für Lehrkräfte als auch für Teilnehmende. Solche Leistungen sind von Trägerschaften und Lehrkräften ohne Honorar erbracht worden.

Kapazitätsprobleme: Da Integrationskursträgerschaften verpflichtet sind, ihre Kurse unter den einhergehenden Vorgaben des BAMF (z.B. 1,5 Meter Mindestabstand) umzusetzen, aber nicht alle Integrationskursträgerschaften über große Räume und andere Ressourcen verfügen, sind die Kurskapazitäten nahezu erreicht. Nach Stand November 2020 sind nur einzelne Plätze in den Kursen vorhanden (außer in der Kreisvolkshochschule Groß-Gerau). Potenziell Teilnehmende können daher nicht sofort in einen Kurs münden.

→ Beim letzten Austausch der Integrationskursträgerschaft wurde der Bedarf geäußert, diese Information an das Kommunale Jobcenter und die Ausländerbehörden weiterzugeben. Diese Information wurde an die entsprechenden Institutionen durch ein gemeinsames Schreiben der Bildungskoordination, des Büros für Integration sowie des Interkulturellen Büros der Stadt Rüsselsheim weitergegeben.

b) MitSprache Deutsch 4U

Das Austauschgremium „Deutsch4U“ fand dieses Jahr aufgrund der Corona-Pandemie überwiegend in Form von bilateralen Telefonberatungsgesprächen statt. Im Dezember wurde dennoch ein digitales Netzwerktreffen mit allen organisiert, um

- a) sich gemeinsam über Hürden und Herausforderungen in der Pandemiezeit auszutauschen und
- b) den Sachstand sowie Fragen zu laufenden und abgeschlossenen Sprachkursen, Sprachcafés und Sprachtreffs zu klären und bei Problemen evtl. Lösungswege zu finden.

Folgende Themen stellten kreisübergreifend eine Herausforderung/ein Problem dar:

- Frauen und Sprachfördermaßnahmen:

Die meisten Frauen konnten nicht an Sprachangeboten - weder in Präsenz, noch online - teilnehmen. Online-Angebote konnten nicht angenommen werden, weil viele nicht medienaffin sind, und sie auch nicht über technische Geräte verfügen. Die Geräte wurden im Haushalt für die Kinder genutzt, welche Priorität hatten (Homeschooling).

Präsenzangebote (nach dem ersten Lockdown) konnten aufgrund des Ausfalls bzw. der Reduzierung der Kinder- und Schulbetreuung nicht wahrgenommen werden, da in erster Linie die Mütter die Betreuung zu Hause übernehmen mussten (bitte sehen Sie auch in: Fazit AG Migration).

Da Sprachkursträgerschaften aufgrund der Pandemie verpflichtet sind, bestimmte Vorgaben zu erfüllen, gab es bzgl. der zur Verfügung stehenden Räumen und der Kinderbetreuung ebenfalls große Herausforderungen. Trägerschaften, die eine Kinderbetreuung anbieten, konnten dies in der Pandemiezeit aufgrund der Raumkapazitäten (Vorlagen) nicht tun, so dass Anträge seitens des Regierungspräsidiums Darmstadt nicht bewilligt wurden. Ohne Kinderbetreuung war für viele Mütter die Teilnahme nicht möglich. Somit konnte auch die Mindestteilnehmer*innenzahl (Vorgabe vom Regierungspräsidium Darmstadt) nicht gewährleistet werden.

Teils wurden Telefongespräche mit Müttern als Unterrichtseinheiten gewertet, da bspw. Briefe von der Schule gemeinsam besprochen wurden. Hier gab es jedoch Schwierigkeiten dieses ausreichend nachweislich dem Regierungspräsidium Darmstadt zur Anerkennung vorzulegen.

→ Diese Problematik wurde seitens des Büros für Integration dem Büro für Frauen und Chancengleichheit des Kreises Groß-Gerau und der Stabsstelle Frauenpolitik des HMSI zugetragen.

- Novellierte Förderrichtlinien des WIR-Landesprogramms:

Aufgrund der Regelungen und der neuen Auflagen können Sprachkurse in 2021 erst nach Bewilligung Ende April durchgeführt werden. Die weitere Aufschiebung der Sprachkurse aufgrund bürokratischer Barrieren ist eher kontraproduktiv und integrationshemmend. Die Teilnehmer*innen, die auf die Fortführung von Sprachkursen warten, um Deutsch zu lernen und /oder sich auf Integrationskurse vorzubereiten, fühlen sich perspektivlos und sind demotiviert.

→ Diese Problematik wurde seitens des Büros für Integration in Kooperation mit der Bildungskordinatorin dem Hessischen Ministerium für Soziales und Integration zugetragen, weil hier Bedarf gesehen sich aktiv für die Förderung der Teilhabe und Chancengerechtigkeit einzusetzen wurde. Anschließend wurde den Trägerschaften ein Lösungsvorschlag unterbreitet, welches nun für Trägerschaften und Teilnehmende sehr positiv ist und zu einer Verbesserung der Situation führen wird.

- Eine Förderrichtlinie für unterschiedliche Sprachmaßnahmen:
Niedrigschwellige Angebote wie Sprachcafés und Sprachtreffs sollten nicht mit Sprachkursen gleichgestellt werden. Somit wird das konkrete Anliegen „Teilnehmer*innen erreichen“ unterdrückt. Die „Vereinbarkeit von Anforderungen eines niedrigschwelligen Sprachtreffs mit denen eines regulären Deutschkurses in einer Richtlinie“ müsste vom Regierungspräsidium Darmstadt überarbeitet werden. Für niedrigschwellige Angebote wie Sprachcafés sowie Sprachtreffs sollte es eine separate Richtlinie geben.
→ ***Diese Problematik wird in 2021 seitens des Büros für Integration in Kooperation mit der Bildungskordinatorin dem Hessischen Ministerium für Soziales und Integration und Soziales zugetragen, mit dem Ziel einen Lösungsansatz herbeizuführen.***

Fazit: Die Corona-Pandemie hat verschärft aufgezeigt, dass Mütter aufgrund der Rahmenbedingungen mehrfach benachteiligt sind. Ihnen wird der Zugang zu Sprachmaßnahmen verwehrt, weil es kein ausreichendes Angebot von Kita- und Hortplätzen gibt. Außerdem wurde festgestellt, dass sich der Start von niedrigschwelligen Sprachmaßnahmen aufgrund der Richtlinien verzögert. Somit können einige Sprachangebote erst ab Mitte 2021 wieder stattfinden und demotiviert die Teilnehmer*innen und wirkt kontraproduktiv zur Förderung ihrer Integration.

c) AG Migration

Die AG Migration hat trotz der Corona-Pandemie regelmäßig stattgefunden, um sich über Herausforderungen während der Corona-Pandemie auszutauschen, damit frühzeitig Bedarfe und Konsequenzen für die Zielgruppen erkannt und Lösungswege gefunden werden konnten.

Folgende Themen stellten kreisübergreifend eine Herausforderung/ein Problem dar:

- Ausfall der persönlichen Beratung (offene Sprechstunden).
- Zugewanderte sind größtenteils betroffen von: Arbeitslosigkeit, Existenzsicherung und Schulden.
- Vernetzungsarbeit litt massiv: Positive Elemente und Projekte sind weggebrochen wie z.B. Internationales Frauencafé in Groß-Gerau. Konstrukte fehlen, um Frauen zu empowern, die wenig Kontakt zu anderen Menschen haben. Folge: psychische Erkrankungen.
- Frauen und Integrations-/Sprachkurse:
→ Viele Migrantinnen können die Integrationskurse nicht abschließen, da ab März die Kurse pausierten. Zum Zeitpunkt der Wiedereröffnung war die Teilnahme nicht mehr möglich, da die Kinder- und Schulbetreuung aufgrund der Pandemie ausgefallen bzw. reduziert ist und Mütter die Betreuung zu Hause übernehmen müssen. Sehr viele haben den Kurs aufgrund der Fehlstunden abbrechen müssen.
→ Keine Kita Plätze und deshalb keine Sprachkurse für Mütter: Sie können die Kurse aufgrund fehlender Kinderbetreuung nicht besuchen.
- Kommunales Jobcenter: Aufgrund der Pandemie werden nur noch Telefontermine vergeben. Aufgrund sprachlicher Barrieren können die Termine nicht erfolgreich stattfinden (da der Einsatz von Dolmetscher*innen nicht möglich ist). Weiterhin werden die lange Bearbeitungszeit und die kompliziert aufgestellten Online-Anträge kritisiert.
→ ***Dieses Thema wurde ins FORUM Sprache, Bildung und Arbeit für Zugewanderte getragen. Die Problematik, dass der Zugang für Kund*innen mit keinen oder wenigen Deutschkenntnissen aufgrund Telefonterminen erschwert oder gar nicht möglich ist, wurde auch auf der Leitungsebene des Jobcenters bestätigt. Die Kolleg*innen arbeiten bereits an Lösungswegen.***
- Fiktionsbescheinigungen und Aufenthaltstitel:
Um die Fiktionsbescheinigung oder den Aufenthaltstitel verlängern oder ausstellen zu lassen, müssen Antragstellende im Besitz eines gültigen Nationalpasses sein. Da jedoch Botschaften/Konsulate Termine erst ab 2021 vergeben, können abgelaufene Nationalpässe nicht verlängert werden. Mit Screenshots und Fotos wird versucht die späte Terminvergabe und / oder der Besuch beim Konsulat

nachzuweisen. Dies funktionierte wiederum aber nur im Einzelfall, wenn Berater*innen sich aktiv einsetzten.

Folge: Ausländerbehörden verlängern keine Aufenthaltstitel und stellen keine Fiktionsbescheinigungen aus und somit zahlt das Jobcenter keine Unterstützungsleistungen. Betroffene Menschen verschulden sich, verlieren ihre Arbeit oder Wohnung.

→ Diese Problematik wurde dem Landrat zugetragen, der anschließend in Absprache mit dem Fachbereichsleiter eine Grundsatzentscheidung getroffen hat: Fiktionsbescheinigungen werden in dieser Ausnahmekzeit ohne gültigem Nationalpass ausgestellt (gilt für die Ausländerbehörde Kreis Groß-Gerau bis die Botschaften wieder Termine vergeben).

Fazit: Die Corona-Pandemie hat verschärft aufgezeigt, welche strukturellen und institutionellen Zugangsbarrieren existent sind und sowohl die Teilhabe als auch die Chancengerechtigkeit für zugewanderte Menschen verhindern.

Vor allem ist wieder deutlich geworden, dass Frauen (Mütter) aufgrund der Rahmenbedingungen mehrfach benachteiligt sind. Ihnen wird der Zugang zu Sprach- und Integrationskursen verwehrt, weil es kein ausreichendes Angebot von Integrationskursen mit Kinderbetreuung oder kein ausreichendes Angebot von Kita- und Hortplätzen gibt.

Integrationskurse mit Kinderbetreuung sind rar, weil die Finanzierung für die Integrationskursträgerschaften nicht ausreichend ist.

Erziehungsberechtigte, die keine Arbeit nachweisen können, bekommen keinen Kitaplatz. Dadurch, dass die Mütter keinen Sprachkurs besuchen können, ist ihnen aufgrund nicht ausreichender Sprachkenntnisse der Arbeitsmarkteinstieg nicht möglich. So bekommen sie nicht die Chance auf eine Arbeit, ein selbstbestimmtes finanziell unabhängiges Leben und einen Kitaplatz für ihr(e) Kind(er).

Fazit ist, dass die Einrichtung bedarfsgerechter Sprachkurse für Frauen mit Kindern eine notwendige gesellschaftliche Aufgabe ist. Nur durch den frühzeitigen Spracherwerb der Mütter können auch die Kinder schnellstmöglich integriert werden, was der Gesellschaft insgesamt dient.

Der Vorschlag im nächsten Jahr einen Fachtag mit Mandats- und Entscheidungsträger*innen zu organisieren, um über Strukturdefizite und institutionelle Barrieren, die Integrationsprozesse verhindern, zu diskutieren und Handlungsempfehlungen einzubringen, wird von allen Teilnehmenden angenommen.

d) Interkommunale Zusammenarbeit Integration (IKZ)

Der Arbeitskreis IKZ Integration hat sich trotz der Corona-Pandemie regelmäßig getroffen, um sich über Herausforderungen während der Corona-Pandemie auszutauschen, damit frühzeitig Bedarfe und Probleme erkannt werden konnten. Die gemeinsamen Themen wurden in die AG Migration getragen und dort ausgetauscht bzw. Lösungswege gefunden (siehe AG Migration).

Der Arbeitskreis hat sich in 2020 außerdem mit dem Thema „Ausländerbeiräte“ beschäftigt.

Nach der jüngsten Novellierung der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) im Mai 2020 ist die Einrichtung eines Ausländerbeirats oder einer Integrationskommission in Hessen für Kommunen, die über 10.000 Einwohner*innen mit ausländischem Pass haben, eine Pflichtaufgabe. Das Gesetz ermöglicht den Kommunen jedoch, statt dem Ausländerbeirat eine nicht gewählte Integrationskommission zu bilden. Somit bildet der Ausländerbeirat das „Grund-Modell“, die Integrationskommission das „Alternativ-Modell“ zur politischen Beteiligung der ausländischen Einwohner*innen. Eine weitere Änderung ist, dass künftig die Wahlen zum Ausländerbeirat mit den Kommunalwahlen zusammengelegt werden.

Der Arbeitskreis IKZ Integration hat einstimmig für die Beibehaltung der Ausländerbeiräte plädiert, da durch die Abschaffung der Ausländerbeiräte die demokratische Mitbestimmung der ausländischen Mitbürger*innen geschwächt wird. Hierfür hat er eine Stellungnahme geschrieben und sie in Abstimmung mit dem Landrat den Bürgermeister*innen des Kreises Groß-Gerau zugetragen. Folgend wurde argumentiert:

- Politische Partizipation darf keine Option sein, sondern das Recht aller Bürger*innen mit oder ohne deutsche Staatsbürgerschaft.
- Der Ausländerbeirat ist die offizielle Vertretung der ausländischen Bevölkerung in der Kommune. Er wird von allen wahlberechtigten ausländischen Einwohner*innen demokratisch gewählt. Der

Ausländerbeirat ist kein benanntes, sondern ein demokratisch gewähltes Gremium und ist autonom. Eine Kommission dagegen untersteht nach §72 HGO der*dem Bürgermeister*in bzw. der*dem Landrät*in. Ein von der ausländischen Bevölkerung gewählter, öffentlicher und autonomer Ausländerbeirat kann nicht mit einer Kommission verglichen werden.

- Die Ausländerbeiräte müssen weiter existieren, solange Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft Benachteiligungen erfahren und Zugänge zu politischen Systemen nicht möglich sind.
- Die Bezeichnung „Integrationskommission“ des Optionsmodells zum Ausländerbeirat ist zu kritisieren. Nach §88 HGO vertritt der Ausländerbeirat die Interessen in allen Angelegenheiten der ausländischen Einwohner*innen der Gemeinde und berät die Organe der Gemeinde. Er hat ein Vorschlagsrecht in allen Angelegenheiten, die ausländische Einwohner*innen betreffen und kann Anträge an die Gemeindevertretung richten. Auf dieser Basis beschäftigen sich die Mitglieder der Ausländerbeiräte mit vielfältigen Themen und vertreten gegenüber Verwaltung und Politik die Belange der ausländischen Bevölkerung. Sie setzen sich für die Gleichstellung zwischen ausländischen und deutschen Einwohner*innen und gegen Ungleichbehandlung und Diskriminierung ein. Sie sind bemüht Barrieren abzuschaffen und die Teilhabe in allen Lebensbereichen zu ermöglichen und die Integration zu unterstützen. Die Integrationsarbeit ist aber nicht primäre Aufgabe der Ausländerbeiräte. Für diese Aufgabe sowie zur Sicherstellung der Rahmenbedingungen sind der Bund, die Länder und letztendlich die Kommunen zuständig und verantwortlich.
- Die Zusammenlegung der Ausländerbeiratswahl und der Kommunalwahl 2021 wird als positiv und als ein guter Schritt zu einer höheren Wahlbeteiligung erachtet. An der geringen Wahlbeteiligung der letzten Jahre gilt es zu arbeiten, aber nicht an der Abschaffung der Ausländerbeiräte und der Verhinderung der demokratischen Teilhabe.

Der Arbeitskreis hat im Oktober 2020 eine gemeinsame Aktion gestartet, um für eine höhere Wahlbeteiligung und Aufstellung von Personen für die Ausländerbeiratswahl zu werben (dazu: Aktion Ausländerbeirat S.22).

Im Kreis Groß-Gerau haben sich die Kommunen folgend entschieden:

Ausländerbeirat	Integrationskommission
<ul style="list-style-type: none"> • Bischofsheim • Büttelborn • Ginsheim-Gustavsburg • Groß-Gerau • Mörfelden-Walldorf • Nauheim • Raunheim • Riedstadt • Rüsselsheim am Main 	<ul style="list-style-type: none"> • Biebesheim am Rhein • Gernsheim • Kelsterbach • Stockstadt am Rhein • Trebur

In den Kommunen Biebesheim am Rhein, Gernsheim, Stockstadt am Main und Trebur gab es vorher noch nie Ausländerbeiräte und war somit auch nicht in der Hauptsatzung verankert. Sie haben sich aufgrund des verpflichtenden Landesgesetzes direkt für eine Integrationskommission entschieden. Die Kommune Kelsterbach hat die Verankerung des Ausländerbeirats aus ihrer Hauptsatzung rausgenommen, da sie diesen durch eine Integrationskommission ersetzen werden.

Da in den Kommunen Büttelborn und Groß-Gerau keine Wahlvorschläge eingereicht wurden, müssen sie die Ausländerbeiratswahl in 2021 absagen und eine Integrationskommission einrichten.

e) FORUM Sprache, Bildung und Arbeit für Zugewanderte

Das FORUM hat aufgrund der Pandemie online stattgefunden, um bzgl. der größten Herausforderungen und Bedarfe für die Versorgung von Zugewanderten mit adäquaten Bildungsangeboten (inkl. Sprachförderung und beruflicher Qualifizierung) im Austausch zu bleiben. Die wichtigsten Themen waren:

- Finanzierungsprobleme (Sprachförderung): Aufgrund der Vorgaben durch das BAMF besteht ein Mangel an ausreichend großen Räumen. Dies führt zu höherem Personalaufwand und damit zu höheren Kosten. Die Frage ist, wie diese höheren Kosten gegenfinanziert werden können.
→ **Dieses Problem wurde im ReKo-Treffen eingebracht.**
- Qualifizierung „Medienumgang für Mitarbeiter*innen“: In allen Bereichen werden viel stärker als früher Online-Tools angewendet. Dies stellt neue Anforderungen an Mitarbeiter*innen. Der Bedarf an Qualifizierungen für Personal anzubieten wird dem Land Hessen gemeldet.
→ **Vom Land Hessen wurden Mittel für digitales Lernen zur Verfügung gestellt. Der Kreis (FB Bildung und Schule/AQ-Beratung) wird hier in Kooperation mit der Hochschule Darmstadt ein modulares Konzept erstellen, um Personal sowie Bildungsträgerschaft zu schulen.**
- Kommunales Jobcenter (Thema aus der AG Migration): Aufgrund der Pandemie werden nur noch Telefontermine vergeben. Aufgrund sprachlicher Barrieren können die Termine nicht erfolgreich stattfinden (da der Einsatz von Dolmetscher*innen nicht möglich ist). Weiterhin werden die lange Bearbeitungszeit und die kompliziert aufgestellten Online-Anträge kritisiert.
→ **Die Problematik, dass der Zugang für Kund*innen mit keinen oder wenigen Deutschkenntnissen aufgrund Telefonterminen erschwert oder gar nicht möglich ist, wurde auch auf der Leitungsebene des Jobcenters bestätigt. Die Kolleg*innen arbeiten bereits an Lösungswegen.**

Kommunale Bildungskoordination für Neuzugewanderte: Ende 2020 ist die Förderung des Bundesamts für Bildung und Forschung für das Projekt Kommunale Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte ausgelaufen. Die Bildungskoordination hat über den Förderzeitraum 2017-2020 einen Abschlussbericht erstellt, der folgende Punkte beinhaltet:

- Kommunale Bildungskoordination für Neuzugewanderte – Das Förderprogramm
- Aufgaben der kommunalen Bildungskoordination
- Umsetzung des Projekts im Kreis Groß-Gerau

Der Bericht wird den Akteur*innen des Kreises 2021 zur Verfügung gestellt. Die Entscheidung, wie es mit der Stelle der Bildungskoordination weitergeht und ob sie fest verankert wird, ist noch nicht getroffen.

Projektgruppe: Kommunale Sozialarbeit nachhaltig sichern

Mit Beschluss (Drucksache XVI 11/427) vom 22.06.2020 hat der Kreistag beschlossen, den Städten und Gemeinden des Kreises zur nachhaltigen Sicherung der „Kommunalen Sozialarbeit“ von 2021 bis 2026 jährlich einen Zuschuss von € 3.000.000,00 zur Verfügung zu stellen. Vorrangig ist die Integrationsaufgabe für Menschen mit Fluchthintergrund sicherzustellen.

Die notwendigen Mittel werden ab 2021 jährlich im Haushalt des Kreises eingestellt, wobei zur Gegenfinanzierung Drittmittel von Bund und Land einbezogen werden (z.B. Landesmittel für Asylbetreuung). Die Verteilung erfolgt an die Kommunen nach Berechnung des Kreises. Bei der Berechnung werden folgende Komponenten berücksichtigt:

- Einwohner*innen der Kommune zu 50 %,
- Transferleistungsempfänger*innen pro Kommune zu 25 % und
- Asylaufnahme der letzten 3 Jahre pro Kommune zu 25 %.

→ Für die Stadt Rüsselsheim wird der Sonderstatus berücksichtigt und deshalb nur 50 % der Einwohner*innen zur Berechnung herangezogen.

Die Kreisförderung wird durch einen Bescheid für die Jahre 2021 bis 2026 mit dem Verweis auf die Rahmenvorgabe vergeben. Die Rahmenvorgabe „Kommunale Sozialarbeit im Kreis Groß-Gerau“ ist als Fördervoraussetzung für die Kommunen verbindlich festgelegt. Sie dient als Grundstruktur für kommunale Sozialarbeit und ist von den zu fördernden Kommunen des Kreises Groß-Gerau anzuwenden und sicherzustellen.

AG Vielfalts- und Integrationsstrategie

Im März fand ein Treffen zwischen den vier Kommunen, die in 2019 am Landesprogramm teilgenommen haben, dem Caritasverband (Prozessmoderation) und dem Büro für Integration statt, um den aktuellen Stand auszutauschen. Entwicklungen in 2020 sind:

Büttelborn: Dem Vorschlag des Strategiepapiers wurde in der GVO-Sitzung am 08.12.2020 einstimmig zugestimmt. Geplant ist, dass diese Vorlage in der Sitzung der Gemeindevertretung am 24.02.2021 beschlossen wird. Danach könnte mit der Umsetzung begonnen werden.

Bischofsheim: Aufgrund der Begebenheiten durch die Corona-Situation konnte kein neuer Sachstand gemeldet werden. Dies wird voraussichtlich erst im 1. Halbjahr 2021 möglich sein.

Ginsheim-Gustavsburg: Das Stadtparlament hat den Vorschlag des Strategiepapiers als Orientierung für künftiges politisches Handeln beschlossen. Im Februar 2020 gab es eine Sondersitzung der Ausschüsse und einzelne Handlungsempfehlungen wurden diskutiert. Die Umsetzung des Strategiepapiers wird 2021 erfolgen.

Gernsheim: Das Strategiepapier und die Maßnahmen konnten aufgrund der Pandemie nicht kommuniziert werden. Dies wird voraussichtlich erst im 1. Halbjahr 2021 möglich sein können.

AG Sozialmonitoring und integrierte Planung

Die AG fand nur einmal im Herbst statt. Der Sozialdatenmonitor 2019 wurde allen vorgestellt und diskutiert. Vereinbart wurde, dass trotz der Umstände in 2020 die AG weiterhin tagt, da hier bedarfsrelevante Themen für die Menschen im Kreis Groß-Gerau besprochen und diskutiert werden. Somit können wir aktiv bleiben und Maßnahmen zur Problemlösungen entwickeln.

Ob das Treffen in Präsenz oder online stattfinden wird, werden die aktuellen Bedingungen bestimmen.

AG Schulische Versorgung Übergang-Beruf-Schule für Zugewanderte

Das Gremium ist von Seiten des FB Bildung und Schule in die Zuständigkeit von Fr. Kröcker und Fr. Möhlenkamp übergegangen, da Frau Käseberg Ende des Jahres in den Ruhestand gegangen ist. Von Seiten der Bildungskoordination ist die Zuständigkeit an Fr. Dreher übergegangen, da Hr. Kemmer die Bildungskoordination verlassen hat.

Im September fand ein Austauschtreffen statt, bei dem sich über aktuelle Themen, Auswirkungen und Hürden in der Pandemiezeit ausgetauscht wurde. Folgende Rückmeldungen sind für den Migrationsbereich relevant gewesen:

Aktuelle Themen	Auswirkungen	Hürden
Schulische Integration: <ul style="list-style-type: none">• Förderung der Sprachkenntnisse• Förderung der sozialen Kompetenzen und der sozialen Integration	Erhöhter Beratungsbedarf	Homeschooling: <ul style="list-style-type: none">• Fehlende digitale/technische Ausstattung und Kompetenz bei Schüler*innen• Problematische Wohnsituation bei Schüler*innen (1 Zimmer für mehrere Kinder)
Förderung der Chancengerechtigkeit (Bildung) von Kindern mit Migrationshintergrund	Beratungen zur Schul-/Berufliche (neu) Orientierung und Perspektivklärung nur beschränkt und nicht für alle möglich	Ausfall der persönlichen Beratung: <ul style="list-style-type: none">• Telefonische Beratung aufgrund sprachlicher Barrieren nicht hilfreich (ABZ)
Ehrenamt in der Elternarbeit	Ungerechtigkeit: Einige Schüler*innen hatten Hilfe und Unterstützung, aber Kinder aus sozial schwachen Familien nicht	Unterstützung neuzugewanderter Familien: <ul style="list-style-type: none">• Schwierigkeiten bei der Kontaktherstellung zu neuzugewanderten Eltern aufgrund technischer und sprachlicher Hürden

Optimierung der (telefonischen) Beratung und der Maßnahmensteuerung	Abbruch des ELSA-Projekts	Fehlen des Dolmetsch-Pools (persönlicher Einsätze)
---	---------------------------	--

Wichtiges vom Hessischen Kultusministerium für den Bereich „Unterricht für Schüler*innen nichtdeutscher Herkunftssprache“:

- Für Seiteneinsteiger*innen in den Intensivklassen der beruflichen Schulen (InteA), die zum Schuljahresende 2019/2020 die Intensivklasse aufgrund ihrer Verweildauer verlassen mussten und für die keine geeigneten schulischen oder außerschulischen Anschlussmöglichkeiten bestehen, wurde zuweisungsrelevant eine Verlängerungsoption in der Intensivklasse ermöglicht. Bei der Plausibilisierung wird für diese Seiteneinsteiger*innen das 2. Halbjahr 2019/2020 nicht auf die Verweildauer angerechnet. Alle anderen Plausibilisierungskriterien bleiben davon unberührt.
- Den Seiteneinsteiger*innen wird im Rahmen der Verlängerungsoption die Möglichkeit gegeben, auch im verlängerten Beschulungszeitraum die DSD I PRO-Prüfung (Deutsches Sprachdiplom) ein weiteres Mal abzulegen, sofern sie in sprachlicher Hinsicht im Schuljahr 2019/2020 nicht das B1-Niveau erreicht haben.

Fazit: Die Erfahrungen in 2020 haben im Bildungsbereich gezeigt, dass an Rahmenbedingungen gearbeitet werden muss, um Teilnehmungsformate zur Förderung der interkulturellen Elternarbeit zu entwickeln. Ehrenamtliche Maßnahmen wie der Dolmetsch-Pool oder das angestrebte ELSA-Projekt sind wichtige Instrumente, um Eltern mit keinen oder wenigen Deutschkenntnissen zu erreichen, Verständnisproblemen vorzubeugen, die Erziehungskompetenz der Eltern zu unterstützen und somit die schulische Integration von Schüler*innen mit Flucht- oder Migrationshintergrund und ihrer aktiven Teilhabe im Schulleben zu fördern.

Fachgruppe Projekt „Netzwerk Bildung Kreis Groß-Gerau“

Der Kreis Groß-Gerau nimmt am 3-jährigen ESF-geförderten Bundesprogramm „Bildung integriert“ teil. Aktuell sind 89 Kommunen (Kreise und Städte) beteiligt.

Zweck der Projektteilnahme ist es, die auf Verwirklichung von Chancengerechtigkeit und Bildungsteilhabe gerichtete sowie auf den gesamten Lebenslauf bezogene fachliche und bildungspolitische Entwicklung im Kreis zu sichern und fortzuschreiben. Das Projekt „Netzwerk Bildung Kreis Groß-Gerau“ soll mit dazu beitragen, die Bildungslandschaft im Kreis Groß-Gerau nachhaltig zu prägen. Die Vorhaben und die Instrumente sind auf Verstetigung und Fortschreibung angelegt.

Die zentralen Aufgaben im Projekt „Netzwerk Bildung Kreis Groß-Gerau“ sind:

1. Entwicklung eines Bildungsleitbildes für den Kreis.
2. Entwicklung von Indikatoren für Bildung und ihre Einflussfaktoren.
3. Aufbau eines ständigen Bildungsmonitorings.
4. Einführung einer modularen, online abrufbaren Bildungsberichterstattung.

Die gesetzlich zuständigen Akteur*innen im Kreis haben eine Steuerungsgruppe gebildet. Die Steuerungsgruppe hat schriftlich eine Kooperation beschlossen, deren Inhalt und Ziel die Umsetzung der Projektaufgaben ist. Bearbeitet bzw. umgesetzt werden diese Aufgaben, formuliert in entsprechenden Aufträgen, durch jeweilige Expert*innen- und Arbeitsgruppen. Diese EAGs werden in Abstimmung mit und aus den Fachebenen besetzt.

Federführend bzw. geschäftsführend im Projekt ist die Stabsstelle Regionale Bildungsplanung im Fachbereich Bildung und Schule. Das Büro für Integration ist Mitglied in der Fachgruppe und wird den Prozess mit seiner Expertise begleiten und unterstützen.

Im November hat ein virtueller Fachtag „Indikatorenentwicklung „Woran erkennen wir gelingende Bildung und Bildungsteilhabe?““ stattgefunden. Die Termine bzgl. des Bildungsleitbildes wurden aufgrund der Pandemie auf 2021 verlegt. Laut Plan soll im Sommer 2021 das Bildungsleitbild für den Kreis entwickelt sein.

Austausch BA, AQ, KJC und BiKo

Im Frühjahr 2020 stellte sich Frau Kiolbassa vor: Sie ist Arbeitsvermittlerin bei der Bundesagentur für Arbeit und für die Beratung von Migrant*innen im Kreis Groß-Gerau zuständig. Die Zielgruppe umfasst dabei alle

Personen, bei denen ausländerrechtliche Fragen relevant sind, wie z. B. das Ausstellen von Berechtigungsscheinen. Gemeinsam mit Kolleg*innen aus Bad Homburg kümmert sich Fr. Kiolbassa auch um interne Schulungen zu ausländerrechtlichen Themen.

Seit Anfang 2020 wurde das Portfolio der Fachstelle Neuzugewanderte im Jobcenter erweitert: Auch Personen, die kein SGB II beziehen, können entsprechenden Maßnahmen zugewiesen werden. Finanziert wird dies aus Mitteln vom Kreis Groß-Gerau (AQ-Budget). Dieses Angebot wurde in 2020 gut angenommen. Weiterhin wurde im Arbeitskreis die Zusammenarbeit zwischen Fachstelle und AQ-Beratung thematisiert: Es gab eine Absprache, dass AQ-Berater*innen der Fachstelle melden, welche Personen sie beraten, um Doppelberatungen zu vermeiden und Synergieeffekte zu nutzen. Seitens der Fachstelle wurde angemerkt, dass seit längerer Zeit keine Meldungen mehr ankommen. Es wird vereinbart sich zu einem separaten Termin mit der Fachstelle und der AQ-Beratung zu treffen, um gemeinsam eine gute Regelung für alle Beteiligten zu finden. Aufgrund organisatorischer und technischer Hürden konnte dieser Termin nicht stattfinden und wurde auf 2021 verschoben.

Zudem konnte die geplante Umsetzung der Bildungsmappe (2019) aufgrund der Pandemie in 2020 nicht realisiert werden.

Projektgruppe: Ausbildung für Zugewanderte

Im März 2020 fand ein Info-Tag „Ausbildung für Neuzugewanderte“ statt. Die Veranstaltung fand in den Räumlichkeiten der Beruflichen Schulen in Groß-Gerau statt. Fragen wie: „Ausbildung, was ist das eigentlich?“, „Welche Chancen bietet eine Ausbildung?“, „Was muss ich mitbringen, um im Betrieb und in der Berufsschule erfolgreich zu sein?“ wurden durch Vorträge, einem Besuch des Fachunterrichtes und in anschließenden Thementischen beantwortet.

Umgesetzt wurde die Informationsveranstaltung von der kommunalen Bildungskoordination für Neuzugewanderte im Kreis Groß-Gerau in Kooperation mit dem Büro für Integration. Aufgrund der positiven Rückmeldungen sind Folgeveranstaltungen in den kommenden Jahren geplant.

NW freiwilliges Engagement + Unterarbeitsgruppen

Das Büro für Integration berichtete über die Arbeit mit Ehrenamtlichen und die Weiterentwicklung eigener Projekte. Der gemeinsame Austausch fand aufgrund der Pandemie überwiegend online statt. Die Angebote des Büros für Integration sind im Fortbildungsprogramm „Fit fürs Ehrenamt 2021“ aufgenommen.

In Kooperation mit der Kreisvolkshochschule Groß-Gerau war für Oktober 2020 ein Austauschforum im Rahmen des Projektes: "Empowerment im Ehrenamt" geplant. Es ging es darum, welche inhaltliche und finanzielle Unterstützung Vereine durch das BFI erfahren können und welche Schnittstellen zum Projekt der KVHS existieren. Der Termin wurde kurzfristig abgesagt. Ein Nachholtermin ist im neuen Jahr geplant.

Projektsteuerungsgruppe INQA

Im März wurden die Ergebnisse der Umfrage in 2019 vorgestellt, ein Analyseworkshop durchgeführt und ein Maßnahmenplan zur Reauditierung erstellt. Aufgrund der Pandemie musste der INQA-Entwicklungsplan angepasst und um einige Punkte reduziert werden, da viele Maßnahmen nicht in der geplanten Zeit umgesetzt werden können. Der aktualisierte Plan wurde an die Prozessbegleitung weitergeleitet.

Gemeinsam mit der Internen Gleichstellungs- und Frauenbeauftragte Daniela Kolb ist Sedef Yıldız federführend für folgende Maßnahmen im Bereich Chancengleichheit & Diversity verantwortlich:

- Diversitygerechte Personalauswahl und mehr Personal mit Migrationshintergrund/-erfahrung
Aufgabe: Gender- und Diversityneutrale Stellenausschreibungen
- Prävention "Sexuelle Belästigung"
Aufgabe: Konzept zum Schutz vor sexueller Belästigung, Mobbing und Diskriminierung am Arbeitsplatz

WIR Vernetzungstreffen

Anfang 2020 wurde die Workshopreihe zur Interkulturellen Öffnung im Rahmen des Angebots des IQ Landesnetzwerkes Hessen fortgeführt. Ziel war es, Qualitätskriterien für zukünftige Zielvereinbarungen zwischen dem HMSI und den WIR-Fachkräften in den Kommunen zu erstellen.

Im April wurde das WIR-Netzwerktreffen coronabedingt abgesagt. Ein Austausch zwischen den WIR-Fachkräften und dem HMSI fand online im WIR-Teamraum statt. Mehrsprachige Informationsblätter zu Covid-19 wurden vom HMSI an die Kommunen herausgegeben.

Im Juni wurden Herausforderungen, Konzepte bzw. Anpassungen im Umgang mit der neuen Situation, Fragestellungen und Lösungsansätze im Teamraum gesammelt und einige Best Practice zusammengestellt. Im weiteren Jahresverlauf fanden die Treffen der WIR-Fachkräfte online statt.

Themen der WIR-Vernetzungstreffen waren die folgenden:

- Best Practice-Projekte in Pandemie-Zeiten.
- Status Quo – wie geht es uns mit Corona und was haben wir geschafft, welche Änderungen und neue Fragestellungen begegnen uns für 2021.
- Rassismus und Diskriminierung und Tipps für den Umgang.
- Informationen zum Vielfaltszentrum.

Im Laufe des Jahres wurden die Förderrichtlinien des Landesprogramms WIR erneuert. Den Kommunen und Landkreisen wurde die Möglichkeit gegeben, einen Antrag auf die Förderung eines Vielfaltszentrums mit zwei WIR-Koordinationsstellen zu stellen. Bisher wurden eine WIR-Koordinationskraft und eine WIR-Fallmanagement-Fachstelle gefördert, die in vielen Landkreisen in anderen Fachbereichen tätig ist. Die novellierten Förderrichtlinien des Landesprogramms WIR wurden am 29.12.2020 veröffentlicht.

AG Sprachmittlerpools

Die hessenweite Arbeitsgruppe konnte in zwei Austauschtreffen folgende Themen hessenweit ausarbeiten:

- Erstellung einer Karte, um die Sprachmittlerpools in Hessen aufzuzeigen.
- Austausch über Schulungsreferenten.
- Gemeinsamer Fortbildungskalender.
- Herausforderungen in Pandemie-Zeiten, Wichtigkeit von Sprachmittler*innen in Krisen-Zeiten.

Des Weiteren war die novellierte WIR-Förderrichtlinie über die Förderung von Laiendolmetscher*innen ein Themenschwerpunkt der Arbeitsgruppe. Aufgrund der Empfehlung der AG konnten wichtige Anpassungen und Erleichterungen in der Richtlinie vollzogen werden.

1.1.2. Antirassismuarbeit

Verwaltungsinterne Kerngruppe

Die verwaltungsinterne Kerngruppe begleitet und berät die Fachstelle in der Umsetzung und Sicherstellung ihrer Aufgaben. Zudem wird durch den kontinuierlichen Austausch und die Reflexion eine berufliche Perspektivenvielfalt erreicht.

Die verwaltungsinterne Kerngruppe hat sich 2020 an drei von vier geplanten Terminen getroffen. Ein Termin musste aufgrund der Pandemie abgesagt werden. Folgende Entscheidungen wurden in diesem Jahr auf den Weg gebracht:

- Eine kreisweite Antirassismus AG soll eingerichtet werden.
- Die Fachstelle wird sich an der Aktionswoche um den „1. Juli – Tag gegen Antimuslimischen Rassismus“ ab 2020 regelmäßig beteiligen.
- Das Beratungsangebot und die Präsenz der Fachstelle soll in der Öffentlichkeit weiter gestärkt werden. Ziel ist es, insbesondere Menschen, die von rassistischen Angriffen betroffen sind, beratend und begleitend zur Seite zu stehen.
- In Zukunft soll es zusätzlich zum Fachtag für Demokratie und Menschenwürde ein weiteres Treffen geben, das sich nur auf die Vernetzung und Kooperation fokussiert.

Vernetzungstreffen - Fachtag für Demokratie 2020

Der Fachtag ist eine Plattform für Vernetzung und die Auseinandersetzung mit ausgewählten Schwerpunktthemen. Nach dem rassistischen Anschlag am 19. Februar 2020 in Hanau und der Ermordung von 10 Menschen, wurde als Schwerpunktthema Rassismus, rechter und rassistischer Terror in Deutschland und die Perspektive der Betroffenen von rechter und rassistischer Gewalt gewählt. Der Fachtag hat aufgrund der Pandemiebedingungen als Fachtag-Reihe an 3 Terminen stattgefunden:

- **15. September, 9 – 12 Uhr**, Präsenzveranstaltung/ Vortrag:
Der Ursprung des Rassismus und die Kontinuitäten des (Kolonial-) Rassismus in der deutschen Mehrheitsgesellschaft. Dr.*in Ece Kaya, Goethe-Universität Frankfurt a.M.
- **17. September, 17 – 18:30 Uhr**, Online-Talk:
Rassistischer Terror in Deutschland und wie der Nährboden des Hasses gelegt wird. Sarah Hauptenthal (AAS) und Ansgar Drücker (IDA e.V.).
- **24. September, 17 Uhr**, Online Talk:
Die Betroffenenperspektive in den Mittelpunkt rücken: Wie geht das? Olivia Sarma (response Hessen) und Harpreet Cholia (GFFB Frankfurt).

Regionaltreffen Schule ohne Rassismus- Schule mit Courage im Landkreis Groß-Gerau

Das Regionaltreffen ist ein geschützter Raum für Schüler*innen und Lehrer*innen. In diesem Raum können aus unterschiedlichen Perspektiven Bedarfe, Herausforderung und Problemursachen ermittelt und gemeinsam nach neuen und alten Lösungsmöglichkeiten gesucht werden. Das Regionaltreffen konnte gemeinsam mit Courage-Schulen aus dem Landkreis Groß-Gerau am 08. September von 9 – 14 Uhr im Landratsamt Groß-Gerau stattfinden. *austauschen *anregen *anpacken waren die drei Leitwörter, die das Treffen begleitet haben. Das übergeordnete Ziel: Alle am Schulleben beteiligten Menschen in ihren Kompetenzen zu stärken, so dass jede*r selbstsicher, demokratiestark und kritisch gegenüber Diskriminierungen und Rassismus handeln kann. Das Regionaltreffen wird von Schüler*innen und Lehrer*innen als eine Bereicherung und Perspektivenerweiterung erlebt und geschätzt.

Planungsgremium Internationale Wochen gegen Rassismus Landkreis Groß-Gerau



Das kreisweite Planungsgremium hat sich auch für die Aktionswochen 2020 vernetzt. Gemeinsame Veranstaltungen wurden eruiert und Veranstaltungen an unterschiedlichen Orten im Landkreis geplant, um geschlossen ein Zeichen gegen Rassismus zu setzen und einen gemeinsamen Beitrag für die Internationalen Wochen gegen Rassismus zu leisten. Aus allen Veranstaltungen ist das Programmheft 2020 für den Landkreis Groß-Gerau entstanden. Aufgrund des ersten Coronabedingten Lockdowns ab dem 12. März 2020, mussten alle geplanten Veranstaltungen abgesagt werden.

Aufgrund der weiter anhaltenden ungewissen Situation bedingt durch die Corona-Pandemie, wurde ein Planungstreffen der Netzwerkpartner*innen vorerst zurückgestellt. Ein Termin für Januar 2021 für einen digitalen Austausch wurde vorgemerkt.

AK Politische Bildung Landkreis Groß-Gerau

Der Arbeitskreis setzt sich mit aktuellen Entwicklungen in der politischen Bildungsarbeit auseinander und bestimmt Schwerpunktthemen, die im Landkreis gemeinsam bearbeitet werden. Die regelmäßigen Treffen dienen zudem der Abstimmung von Veranstaltungsplanungen, zur Umsetzung von gemeinsamen Veranstaltungen sowie der kreisweiten Weiterentwicklung der politischen Bildungsarbeit, insbesondere der Erwachsenenbildung.

Der Arbeitskreis hat sich unter Einhaltung der Corona-Vorschriften und in online Treffen insgesamt fünf Mal getroffen. Hierbei wurde sich neben inhaltlichen Diskussionen und Bedarfsermittlungen auch über hybride

Veranstaltungen und weitere technische Möglichkeiten ausgetauscht, um möglichst viele Menschen im Kreis Groß-Gerau zu erreichen.

Pakt für Menschenwürde und Zusammenhalt (Sportkreis)

Die vom Sportkreis Groß-Gerau koordinierte Arbeitsgruppe „Pakt für Menschenwürde und Zusammenhalt“ für das Handlungsfeld Sport, trifft sich in regelmäßigen Abständen zur Planung und Auswertung von Veranstaltungen und anderen Maßnahmen, die auf Rassismus und Diskriminierungen im Sport aufmerksam machen. Zudem werden Strategien zum effektiven Umgang mit Rassismus und Diskriminierungen im Sport entwickelt.

Die Arbeitsgruppe hat ein Maßnahmenpaket mit Projektzielen und Schritten definiert. Im ersten Schritt wurde zur Umsetzung eine Präsentation erarbeitet, die in der Bürgermeisterdienstversammlung vorgestellt werden sollte. Im Anschluss waren drei Veranstaltungen in den Regionen Nord – Mitte – Süd geplant. Aufgrund der Pandemie konnten die geplanten Termine und Veranstaltungen nicht umgesetzt werden.

Regionaltreffen Bündnisse gegen Rechts Südhessen

Das Vernetzungstreffen der Bündnisse und Initiativen in Südhessen unterstützen alle Akteur*innen in ihrer Antirassismuserbeit vor Ort. Hier findet inhaltlicher und strategischer Austausch statt und es wurden die jeweiligen Jahresveranstaltungen miteinander abgestimmt und Veranstaltungen für die Internationalen Wochen gegen Rassismus geplant. Jährlich wird ein gemeinsamer Programmflyer der Bündnisse und Netzwerke gegen Rechtsextremismus und Rassismus Südhessen, mit Veranstaltungen in den Internationalen Wochen gegen Rassismus, herausgegeben.

Anfang des Jahres haben sich alle südhessischen Bündnisse das letzte Mal in Präsenz treffen können. Der nächste Austausch konnte im Mai online stattfinden. Darüber hinaus hat reger Austausch und gegenseitige Unterstützung auf anderen medialen Wegen stattgefunden.

Vernetzungstreffen mit dem Demokratiezentrum Hessen (beratungsNetzwerk Hessen)

Das Demokratiezentrum Hessen organisiert und koordiniert ein hessenweites Vernetzungstreffen mit allen hauptamtlichen Akteur*innen in den Handlungsfeldern Extremismusprävention, Demokratiestärkung, Antirassismus und Antidiskriminierungsarbeit, die vom Bundesprogramm „Demokratie Leben“ und vom Landesprogramm „Hessen gegen Extremismus“ (HKE) gefördert werden. Die Fachstelle gegen Rechtsextremismus und Rassismus des Landkreises GG ist seit 2019 als gleichwertige Akteurin Mitglied des Netzwerkes.

Regelmäßiger inhaltlicher und strategischer Austausch und Vernetzungstreffen haben stattgefunden. Aktuelle Berichte aus dem Demokratiezentrum, neue Projekte und Projektstellen wurden bekannt gegeben bzw. vorgestellt. Wie zum Beispiel:

- Erhöhung von Mitsprache und Teilhabechancen der Menschen in Kommunen: Mit dem Dialog „Verantwortungsübernahme im kommunalpolitischen Raum wahrnehmen“.
- Vorstellung des Projektes „Zusammenleben neu gestalten“ der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik e.V. (DeGeDe).
- Neues Beratungsangebot des BeratungsNetzwerks Hessen für Kommunen: „Angriffe auf die lokalen Säulen der Demokratie“.
- Hass im Netz von HateAid (Hessen gegen Hetze).
- Bericht über die ersten Erfahrungen der Meldestelle #Hessengegenhetze des Hessischen Innenministeriums.

Vernetzungstreffen DEXT-Fachstellen

Die vom Hessischen Ministerium des Inneren und für Sport geförderten DEXT-Fachstellen (im Rahmen des Landesprogramms „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“), befinden sich teilweise noch im Aufbau. Aufgrund der Pandemie wurde die Stelle im Büro für Integration erst im Oktober 2020 besetzt. Im August fand online ein erstes Vernetzungstreffen der Kommunen statt, die eine DEXT-Fachstelle beantragt haben. Ebenfalls beteiligt waren die PMK-Stellen (Politisch motivierte Kriminalität) der hessischen

Polizeipräsidien, der Landesverfassungsschutz sowie das Landeskriminalamt. Für den Kreis Groß-Gerau nahm die Fachdienstleitung des Büros für Integration teil.

Die Stelle PRO Prävention – Fachstelle für Radikalisierungsprävention des Kreises Offenbach übernimmt die Koordination der hessischen DEXT-Fachstellen und präsentierte beim Treffen die Hauptschwerpunkte ihrer Arbeit.

Bereits während der ersten Sitzung wurde angeregt, durch Antragstellung eine Bewilligung von Fördermitteln über zwei Jahre - anstatt wie aktuell nur einem Jahr - zu erhalten.

Das erste Vernetzungstreffen der DEXT-Fachstellen fand im November statt. Die engere regionale Vernetzung zwischen den DEXT-Fachstellen gemeinsam mit den regionalen PMK-Stellen soll etabliert und ausgebaut werden. Das Demokratienetzwerk Hessen stellte sich als vernetzendes Element aller im Bereich Demokratieförderung vorhandenen Anlaufstellen als Ansprechinstitution vor, und präsentierte mögliche Ziele und Herangehensweisen für die DEXT-Fachstellen. Im Fokus steht für das Jahr 2020 und 2021 die Vernetzung mit regionalen Kooperationspartner*innen. Durch regelmäßigen Austausch sollen die DEXT-Fachstellen auch zukünftig von Erfahrungen und der Expertise der anderen informiert werden.

Aufgaben der DEXT-Fachstellen sind: Den Phänomenbereichen Rechtsextremismus, Linksextremismus, Salafismus, Islamismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Neue Protestallianzen im Zuge der Corona-Demonstrationen, Reichsbürger*innen und Ultrationalismus in den jeweiligen Kommunen bedarfsorientiert entgegenzuwirken. Um diese Aufgabe bewältigen zu können wurden mögliche Handlungsstrategien zur Herangehensweise präsentiert.

Anfang Dezember hat die DEXT-Fachstelle, die für die Region Südhessen zuständige PMK-Beauftragte des Polizeipräsidiums, zu einem ersten Kennenlernen und Austauschtreffen eingeladen. Dabei ergab sich bereits im ersten Gespräch ein Thema als besonders dringend und wichtig: Präventionsarbeit und Interventionsangebote für die Schulen im Kreis Groß-Gerau; schon bereits ab der Grundschule.

Der gemeinsame Fokus wird daher zuerst einmal die stärkere Vernetzung mit den Schulen des Kreises sein sowie mit Schulsozialarbeiter*innen.

1.2. Projekte und Maßnahmen

1.2.1. Integrationsmanagement

Ehrenamtlicher Dolmetsch-Pool

Im Jahr 2020 wurden etwa 160 Gespräche (inkl. telefonisches Dolmetschen) durch ehrenamtliche Dolmetscher*innen aus dem kreisweiten Dolmetsch-Pool unterstützt. Nutzer*innen des Pools sind insbesondere Schulen, Kitas und verschiedene Fachdienste der Kreisverwaltung. Mit neuen Institutionen und sozialen Einrichtungen wurden weitere Kooperationsvereinbarungen geschlossen, so dass die Nachfrage nach ehrenamtlichen Dolmetscher*innen weiterhin steigt.

Eine Basisqualifizierung, um neue Ehrenamtliche zu schulen, musste aufgrund der Pandemie abgesagt werden. Stattdessen wurden die bereits geschulten Ehrenamtlichen in das telefonische Dolmetschen eingeführt. In Kooperation mit dem Arbeitsbereich der Interkulturellen Germanistik der Universität Mainz wurden wichtige Inhalte und Schwerpunkte vertiefend geschult, um die Unterstützung auch für Telefon- und Videokonferenzen anzubieten. Das Angebot wurde gut angenommen.



Etwa 45 Anfragen konnten nicht übernommen werden. Hierfür gibt es verschiedene Gründe: Sprachen im Pool nicht vorhanden, Entfernung zum Einsatzort lässt keinen ehrenamtlichen Einsatz zu, Gespräche im medizinischen Bereich werden nicht durch Ehrenamtliche unterstützt, etc. Während des ersten Lockdowns wurden die Einsätze vor Ort grundsätzlich nicht durchgeführt. Ab Juli 2020 wurden Einsätze unter Einhaltung der Hygiene- und Abstandsregelungen wieder vor Ort unterstützt.

Des Weiteren wurden die Erfahrungen aus dem Kreis Groß-Gerau von verschiedenen Landkreisen angefragt. Inhalte der Arbeit und auch die Erfahrungen im telefonischen Dolmetschen sind Bestandteil des hessenweiten Austausches mit anderen Sprachmittler*innen-Pools. 2021 soll die ausgefallene Basis-Schulung nachgeholt werden, um die steigenden Anfragen auch in Zukunft durch neue ehrenamtliche Dolmetscher*innen zu gewährleisten.

Fachtag Ehrenamt

Der Fachtag Ehrenamt 2020 wurde aufgrund der Corona-Pandemie abgesagt. Für 2021 wird an einem Online-Format gearbeitet. Eine mögliche Veranstaltung wird mit dem Planungsteam ausgearbeitet. Thematisch wird es sich um die Lage des freiwilligen Engagements in der Corona-Krise handeln. Herausforderungen und Potentiale für das Ehrenamt sollen behandelt werden sowie weitere inhaltliche Fragestellungen.

Charta der Vielfalt – Deutscher Diversity Tag

Am 26.05.2020 fand der 8. Deutsche Diversity Tag statt. Aufgrund der Corona-Pandemie musste der jährliche Aktionstag umgeplant werden: Eine Onlinequiz-Aktion als Gewinnspiel sollte eine „bunte Abwechslung“ in den Alltag bringen, da viele Mitarbeiter*innen im Krisenstab oder im Notbetrieb arbeiteten. So konnten die Mitarbeiter*innen während eines festgelegten Aktionszeitraums Punkte im Wissensquiz sammeln. Die Auswertung erfolgte am Diversity Tag, nachdem die Flagge für Vielfalt zusammen mit dem Landrat gehisst wurde.

Viele Mitarbeiter*innen kannten zwar den Begriff Diversity, doch die Dimensionen, die sich dahinter verbergen, waren vielen weniger bekannt. Insgesamt wurden 28 Fragen zu Begriffen wie Queer, People of Colour, Straight Ally, LSBTIQ* oder Babyboomer gestellt und der Wissensstand über kulturelle Feiertage bis hin zu der Generation X, Y, Z spielerisch abgefragt. Die Mitarbeiter*innen der Kreisverwaltung konnten so hinsichtlich Diversity sensibilisiert werden.



Förderprogramm Chancenvielfalt

Im Rahmen des Förderprogramms wurde 2020 folgendes Projekt gefördert:

- ***Selbst|Hilfe|Engagement-Spaziergang:***

Die „Selbst|Hilfe|Engagement-Spaziergänge“ sollen eine neue Plattform jenseits des Digitalen bieten: Bei einem Spaziergang im eigenen Ort können Interessierte auf ansprechend gestalteten Informationstafeln jederzeit Vereine, Initiativen und Selbsthilfegruppen aus Ihrer Umgebung kennenlernen. Wer Lust hat, kann Fragen beantworten und per Mail an einem Quiz teilnehmen.

Der erste Spazierweg wurde in der Groß-Gerauer Innenstadt fertiggestellt: 17 informative Schilder, auf denen sich etablierte Vereine vorstellen. Das Besondere am Groß-Gerauer Spaziergang ist, dass die Texte der Infotafeln über einen QR-Code in vier weiteren Sprachen (Arabisch, Englisch, Polnisch und Türkisch) abgerufen werden können. So sollen die Angebote auch für Menschen greifbar werden, die noch nicht so gut Deutsch verstehen. Weitere „Selbst|Hilfe|Engagement-Spaziergänge“ werden in der Großgemeinde Büttelborn sowie Bischofsheim in 2021 umgesetzt.

Zuschüsse

Folgende Projekte und Maßnahmen wurden gefördert:

- **„Ausbildung für deine Karriere- Starte Jetzt“**
Informationsveranstaltung für neuzugewanderte Menschen mit Interesse an einer Ausbildung. Die Veranstaltung wurde interaktiv gestaltet und fand an den Beruflichen Schulen Groß-Gerau statt.
- **Vorträge „Third Culture Kids“ und „Frauenbilder in der muslimischen Welt“ (Sozial- und Integrationsbüro Riedstadt)**
Online Vortrag von Nil Esra Dağistan (Business und Kultur Coach), um Einblicke in eine facettenreiche Thematik, die oftmals mit vielen Emotionen diskutiert wird, zu geben. Dem Impulsvortrag folgte anschließend eine Online-Diskussion im Chat.

Website: aktivevielfalt.de

Das Büro für Integration arbeitet an einer neuen Internetpräsenz, welche Informationen rund um die Themen Vielfalt, Migration und Zusammenleben im Kreis Groß-Gerau beinhaltet und eine damit verbundene Transparenz zu Angeboten, Möglichkeiten und (soziale) Teilhabe ermöglicht.

Durch die Website soll Folgendes erreicht werden:

- Zielgerichtete Unterstützung in der Erstorientierung/ bei geringen sozialräumlichen Grundkenntnissen für (neu-) zugewanderte Menschen.
- Nennung konkreter Ansprechpartner*innen für Beratung oder Teilhabe.
- Intensive kreisweite Vernetzung und Austausch der verschiedenen Akteure im Bereich Migration und eine effektive Darstellung von Angeboten und Veranstaltungen.
- Wertschätzung des bürgerschaftlichen Engagements.
- Aufbau eines persönlichen Dialogs mit Migrantenselbstorganisationen und den Dialog untereinander voranzutreiben.

Im Jahr 2020 fand die Zusammenarbeit mit einem externen Dienstleister statt. Der Aufbau der Webseite wurde umgesetzt und wird im kommenden Jahr finalisiert. Erste Informationen sind bereits zusammengetragen worden. Migrantenselbstorganisationen und andere Vereine wurden besucht und erste Steckbriefe zusammengestellt. Im kommenden Jahr sollen weitere Informationen gesammelt, weitere Vereine besucht und die Internetpräsenz live geschaltet werden.

Aktion: Ausländerbeirat

Der Arbeitskreis *Interkommunale Zusammenarbeit Integration* (IKZ) hat im Oktober 2020 eine gemeinsame Aktion gestartet, um Kandidat*innen für die Wahl zu gewinnen und für eine höhere Wahlbeteiligung bei der Ausländerbeiratswahl am 14. März 2021 zu werben.

Im Oktober wurde separat für jede Kommune ein Informationsflyer für Kandidat*innen in leicht verständlicher Sprache mit den jeweiligen Ansprechpersonen erstellt, um über das Gremium Ausländerbeirat und dem Weg zur Kandidatur zu informieren.

Die Flyer zur Werbung für Kandidat*innen wurden in Kooperation mit den Kommunen, in denen eine Ausländerbeiratswahl stattfindet, und Multiplikator*innen, die mit ausländischen Bürger*innen zusammenarbeiten, verteilt. In sieben Kommunen wurden Listen mit Kandidat*innen für die Ausländerbeiratswahl aufgestellt: Bischofsheim, Ginsheim-Gustavsburg, Mörfelden-Walldorf, Nauheim,

DARUM SOLLTEN SIE KANDIDIEREN...

Demokratie
Sie dürfen mitreden und Entscheidungen treffen.

Mitsprache
Ihre Stimme wird gehört. Sie können mit Politikern über alle Themen diskutieren, die die ausländische Bevölkerung in Ihrem Wohnort berührt.

Integration
Sie können aktiv dazu beitragen, die Lebenssituation von zugewanderten Menschen in Ihrer Stadt zu verbessern und Diskriminierung, Benachteiligung und Rassismus zu bekämpfen.

Netzwerk
Sie werden zu einer Vertrauensperson für ausländische Staatsbürger*innen und können Ihre Interessen nach außen vertreten.

Dieses Flyerblatt gibt Ihnen erste Informationen, wo und wie Sie kandidieren können. Rufen Sie uns an. Wir helfen Ihnen gerne weiter.

Ihr Kontakt vor Ort:
Gemeinde Nauheim
Weingartenstraße 46-50
64569 Nauheim
Telefon: 06152 639-234
06152 639-209
Mail: wahlleiter@nauheim.de

Weitere Ansprechpartner*innen:
Kreisverwaltung Groß-Gerau
Büro für Integration
Wilhelm-Sepp-Str. 4
64521 Groß-Gerau
Telefon: 06152 989-517
Mail: bfi@kreisgg.de

Weitere Informationen:
agah-Landesausländerbeirat
Telefon: 0611 98995-0
Mail: agah@agah-hessen.de
www.agah-hessen.de
www.auslaenderbeiratswahl.de

MACHEN SIE MIT!

Werden Sie Teil des Ausländerbeirates in Nauheim
Informationen für Kandidat*innen
14. März 2021

Der Kreis Groß-Gerau

Raunheim, Riedstadt und Rüsselsheim am Main. In Büttelborn und in Groß-Gerau wurden keine Listen beim Wahlamt eingereicht.

Weiterhin wurde ein zweiter Informationsflyer im Postkartenformat für Wähler*innen erstellt, der vor allem zur Beteiligung an der Wahl aufrufen soll. Der Slogan „Gehen Sie wählen!“ wurde dafür zehn Fremdsprachen übersetzt. Unter der Webadresse www.kreisgg.de/auslaenderbeiräte können sich Interessierte näher über die Ausländerbeiratswahlen informieren, die sie auch über einen QR-Code auf der Rückseite der Postkarte erreichen können.

Die Postkarten sollen im Januar 2021 gedruckt und an die Kommunen verteilt werden. Für das Jahr 2021 sind außerdem drei Informationsvideos geplant:

Videotitel	Inhalte
1: Gehen Sie wählen!	In diesem Video werden Interessierte dazu aufgerufen, am 14. März 2021 von Ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Sie werden kurz und knapp darüber informiert, dass Sie eine Wahlbenachrichtigung erhalten, warum es wichtig ist, dass sie wählen gehen und dass Sie bei Abwesenheit auch die Briefwahl nutzen können.
2: Wie kann ich wählen?	In diesem Video wird erklärt in welcher Form gewählt werden kann, also am Wahltag in einem der Wahllokale oder vorab per Briefwahl. Die Funktionsweise der Briefwahl wird detailliert beschrieben, genauso wie das Kumulieren und Panaschieren. Die entsprechenden Unterlagen sollen dabei beschrieben und erklärt werden.
3: Was macht der Ausländerbeirat?	Im dritten und letzten Video wird noch einmal detailliert auf die Aufgaben, Rechte und Pflichten des Ausländerbeirates eingegangen. Dabei wird ein besonderer Fokus auf die Mitbestimmung der ausländischen Bürger*innen gelegt.

Aktion: Kinderrechte



Unter dem Motto „Mit notwendigen Hygieneregeln in Kontakt und in Bewegung bleiben für Kinderrechte“ setzten sich 30 Mitarbeiter*innen der Kreisverwaltung Groß-Gerau als Botschafter*innen für Kinderrechte vom 21. bis 30.09.20 in Bewegung – rollend, laufend oder walkend. Für jede Person, die sich beteiligte, wurde ein Geldbetrag an Makista e.V., einem seit 20 Jahren für Demokratie- und Kinderrechtsbildung engagierten und gemeinnützigen Verein, gespendet. Die hessenweite Spendenaktion wurde von Makista e.V. initiiert und vom Büro für Integration für die Kreisverwaltung Groß-Gerau koordiniert.

Mehrsprachige Corona-Hotline

Das Büro für Integration hat im Dezember 2020 eine mehrsprachige Corona-Hotline eingerichtet. Das Beratungsangebot richtet sich an alteingesessene und zugewanderte Menschen im Kreis Groß-Gerau und ergänzt das telefonische Beratungsangebot des Kreisgesundheitsamtes mit acht Sprachen.



Corona-Hotline in acht Sprachen
Montag bis Freitag von 8 bis 16 Uhr

Corona-Hotline
Haben Sie Fragen oder brauchen Informationen rund um Corona? Gerne helfen wir Ihnen unter der Rufnummer **06152-989 213** weiter. Für ein Informationsgespräch in Ihrer Muttersprache, wählen Sie bitte die entsprechende Nummer.

Corona hotline (English)
Do you have any questions about Coronavirus? Please contact us in English by phone on **0162-2130524**

Corona-Hotline (Italianisch)
Hai domande o bisogno di informazioni sul coronavirus? Chiama il numero **0162-2157031** per assistenza in italiano.

Korona Danışma Hattı (Türkisch)
Koronavirüs hakkında bir sorunuza veya bilgiye mi ihtiyacınız var? **0162-2101067** numaralı Türkçe Korona Danışma Hattı'ndan bilgi alabilirsiniz.

Горячая линия по коронавирусу (Russisch)
У Вас есть вопросы или Вам нужна информация о коронавирусе? Мы будем рады Вам помочь на русском языке по телефону **0162-2037096**

Koronavirus-infolinia (Polnisch)
Macie pytania albo potrzebujesz informacji na temat koronawirusa? Pod numerem **0162-1367391** uzyskasz pomoc w języku polskim.

كورونا الخط الساخن (Arabisch)
لأستفسار، عن أسئلتكم والمعلومات عن كورونا؟ لساعدكم بكل سرور باللغة العربية يرجى الاتصال بالرقم **0162-1338899**

Corona-Hotline (Serbisch/Kroatisch/Bosnisch)
Imate li pitanja ili trebate informacije o Koroni? Bili bismo sretni ako možemo pomoći na hrvatskom, srpskom i bosanskom jeziku na broju **0162-2152860**

کورونا ہیلپ لائن (Urdu)
زندہ زبان میں کورونا سے بارے میں معلوم حاصل کرنے کے لیے امن نمبر پر **0162-2028676** رابطہ کریں۔
ہمیں آپ کے سوالوں کے جواب دے کر خوش ہوگی۔

Mit der hessenweit ersten mehrsprachigen Corona-Hotline wird auf den Mangel an fremdsprachigen direkten Beratungsangeboten in der Zeit der Corona-Pandemie reagiert. Das multilinguale Team der Hotline wird vom Büro für Integration des Kreises koordiniert und bietet Beratung in folgenden acht Sprachen an: **Arabisch, Englisch, Italienisch, Polnisch, Russisch, Serbokroatisch, Türkisch und Urdu.**

Die Hotline traf auf positive und gute Resonanz: Sie wurde in den 3 Wochen von ca. 120 Person in Anspruch genommen. Um Menschen mit wenigen oder keinen Deutschkenntnissen in der außerordentlichen und schwierigen Zeit weiterhin eine Unterstützung anzubieten, wird die Maßnahme in 2021 fortgesetzt.

Mehrsprachige Corona-Videos

In Kooperation mit dem Kreisgesundheitsamt wurde darüber beraten, wie Einwohner*innen des Kreises Groß-Gerau noch besser bzgl. der Aufklärung der Pandemie und der Sensibilisierung hierfür erreicht werden können. Das Büro für Integration hat einen ersten Entwurf des Konzepts erstellt und wird in 2021 Videos erstellen. Die Videos werden in mehrere Sprachen übersetzt, um auch neuzugewanderte Menschen im Kreis gut zu erreichen.

Öffentlichkeitsarbeit

- **Mehrsprachige Informationsbroschüre Migrations- und Sprachberatung im Kreis Groß-Gerau:**
Um den Zugang zu den vielseitigen Angeboten der Migrationsberatungsstellen und der Sprachkursträgerschaften im Kreis Groß-Gerau Zugewanderten zu erleichtern, wurde eine mehrsprachige Informationsbroschüre erstellt. In der Broschüre sind die Kontaktadressen der Migrationsberatungsstellen und Sprachkursträgerschaften zu finden. Anfang 2021 wird die Broschüre in gedruckter und elektronischer Form in den folgenden 15 Sprachen zur Verfügung stehen:
Albanisch, Arabisch, Bosnisch, Bulgarisch, Englisch, Farsi, Französisch, Griechisch, Italienisch, Polnisch, Rumänisch, Russisch, Serbisch, Türkisch und Urdu.
- Kontinuierliche Weiterentwicklung des Internetauftritts des Büros für Integration auf der Kreiswebseite. Hinzunahme von neuen Themenbereichen und Erweiterung des Info-Pools mit Beratungs- und Anlaufstellen.
- Regelmäßige Pressemitteilungen über alle Aktionen und Veranstaltungen der Fachstelle.

1.2.2. Antirassismusbearbeitung

Vorfall-Melder- Beratung und Prozesssteuerung

Der Vorfallmelder ist ein niedrigschwelliges Angebot, um schnell und unkompliziert Kontakt mit der Fachstelle gegen Rechtsextremismus und Rassismus aufzunehmen. Jede*r hat über die Online-Maske auf der Kreiswebseite die Möglichkeit einen Fall zu melden, wenn er*sie von rechtsextremem oder rassistischer Gewalt betroffen ist, wenn er*sie ein*e Angehörige*r der betroffenen Person ist oder einen Vorfall beobachtet hat. Es können sowohl rassistische Angriffe auf Menschen und Institutionen, als auch rechte Aktivitäten gemeldet werden. Die Bearbeitung der Vorfälle ist gebunden an einen strukturierten Prozessleitfaden, die eine adäquate und lösungsorientierte Intervention ermöglichen soll.

Das Angebot der Fachstelle wird insbesondere von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und Netzwerkpartner*innen im und um den Landkreis Groß-Gerau genutzt. Das Angebot soll zudem intensiver für Betroffene von rechter und rassistischer Gewalt ausgebaut werden. Zu diesem Zweck wird eine neue

Kampagne entwickelt. Ziel ist es, die Angebote der Fachstelle erneut und effektiv bekannt zu machen und damit insbesondere Betroffene von rechter und rassistischer Gewalt zu erreichen und auch alle Menschen, die sich aktiv gegen Rassismus, Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit einsetzen wollen. Die neu gestaltete Kampagne wird in 2021 starten.

Im Jahr 2020 gibt es insgesamt 32 dokumentierte Fälle von rassistischen Angriffen auf Menschen und Institutionen sowie rechten Aktivitäten im Landkreis GG. Die anonymisierte Dokumentation des Vorfalles ist im Anhang angefügt.

Internationale Wochen gegen Rassismus

Als Beitrag für die Internationalen Wochen gegen Rassismus 2020 wurden folgende Veranstaltungen geplant:

- 09.03. - 03.04.2020 Ausstellung: Hornhaut auf der Seele. Die Geschichte zur Verfolgung der Sinti und Roma in Hessen.
- 12.03.2020: Ausstellungseröffnung mit einem Vortrag über „Hornhaut auf der Seele“ von Dr. Udo Engbring-Romang.
- Ausstellungsführungen mit interessierten Gruppen (*wurde abgesagt*).
- 02.4.2020: Workshop: „Was soll ich denn da sagen?!“ Alltagsdiskriminierung in der Schule erkennen und reagieren, mit dem Landesverband deutscher Sinti und Roma in Hessen (*wurde abgesagt*).

1. Juli - Tag gegen antimuslimischen Rassismus

Am 1. Juli 2009 wurde im Landgericht Dresden Marwa El-Sherbini und ihr ungeborenes Baby ermordet. Der Mord an der schwangeren 32-jährigen Pharmazeutin, wurde auch international zur Zäsur dafür, was Islam- und Muslimfeindlichkeit für Folgen haben können. Als Tag gegen antimuslimischen Rassismus steht der 1. Juli seitdem für entschiedenes Eintreten für eine solidarische, demokratische, freiheitliche und multireligiöse Gesellschaft.



Viele Muslim*innen und Menschen, denen der muslimische Glaube zugeschrieben wird, sind alltäglich mit rassistischen Angriffen konfrontiert. Antimuslimischer Rassismus ist nicht neu, sondern eine sehr alte Form von Rassismus. Sie beschreibt die unterschiedlichen Ausrichtungen von Stigmatisierung, Diskriminierung und Rassismus gegenüber Menschen muslimischen Glaubens und gegenüber Menschen, die von anderen als "muslimisch" markiert werden.

Beim "Tag gegen antimuslimischen Rassismus" handelt es sich um einen offenen Aktionstag, an dem sich alle beteiligen können. Die Fachstelle gegen Rechtsextremismus und Rassismus hat sich mit dem Hashtag #KeinPlatzfürHass an der bundesweiten Aktionswoche gegen antimuslimischen Rassismus vom 24. Juni bis 01. Juli 2020 mit einer Plakat-Kampagne und einem Banner am Eingang des Landratsamts beteiligt. Die Maßnahme dient der Sensibilisierung und der Förderung einer Auseinandersetzung mit antimuslimischem Rassismus, da dieser oft relativiert, bagatellisiert und ignoriert wird.

Come-Together-Preis für Demokratie und Menschenrechte

Eingereicht wurden insgesamt 13 Vorschläge. Davon 7 Personen und 6 Organisationen. Preisträger*innen des Come-Together Preises für Demokratie und Menschenrechte 2020 sind:

- 7 Personen: Irmgard Jahn, Mitarbeiter*innen der Stadt Riedstadt, Fakria Khabbazeh, Kerstin Mohr, Marlise Fassoth, Ulrike Gähtgens-Maier, Adnan Dayankaç.
- 3 Organisationen: Schüler*innen-Vertretung der Gustav-Heinemann-Schule Rüsselsheim, Ahmadiyya Muslim Jamaat Groß-Gerau, Deutsches Rotes Kreuz Hessen – Volunta gGmbH.



Grundsatzklärung gegen Rassismus

Die Grundsatzklärung gegen Rassismus der Kreisverwaltung Groß-Gerau wurde überarbeitet. Darüber hinaus werden konkrete Interventionen bestimmt, die im Falle des Auftretens von Rassismen und Diskriminierungen in der Kreisverwaltung greifen sollen. Die Grundsatzklärung gegen Rassismus wird eng mit der Dienstvereinbarung gegen Rassismus verknüpft sein. Die Veröffentlichung ist in 2021 geplant.

Dienstvereinbarung gegen Rassismus (Intern)

Die „Dienstvereinbarung gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz“, die im Jahr 2000 in der Kreisverwaltung Groß-Gerau in Kraft getreten ist, wird überarbeitet. Ziel ist es, den aktuellen gesellschaftlichen Stand des Antirassismus-Diskurses der Dienstvereinbarung anzupassen, Begrifflichkeiten zu ändern und die Dienstvereinbarung weiter zu entwickeln.

Zum aktuellen Stand: Der Entwurf der überarbeiteten Dienstvereinbarung befindet sich im Endstadium und wird nach Rücksprache mit den zuständigen internen Stellen 2021 in Kraft treten.

Förderprogramm

Die Aktualisierung des Begleitbandes zur Ausstellung „Die Opfer der NSU und die Aufarbeitung der Verbrechen“ vom Institut für sozialwissenschaftliche Forschung, Bildung und Beratung e. V. bezuschusst.

Öffentlichkeitsarbeit

Die Fachstelle im Büro für Integration leistet kontinuierlich Öffentlichkeitsarbeit in unterschiedlichen Medien. Hierzu zählen:

- Teilnahme als Podiumsgast bei der Podiumsdiskussion im Rahmen der Interkulturellen Wochen Groß-Gerau zum Thema „Religionen gegen Rassismus – Was tragen Religionen zu einer gerechteren Gesellschaft bei?“
- Beitrag mit einem Artikel in der Zeitschrift „GEW Regional“ mit dem Titel: „Rassismus betrifft Alle!“
- Pressekonferenz gemeinsam mit dem Ev. Dekanat GG/Rüsselsheim, dem Aktionsbündnis Groß-Gerau und dem beratungsNetzwerk Hessen nach rassistischem Angriff auf eine junge Frau am Marktplatz Groß-Gerau.
- Entwicklung eines kreisweiten Programmheftes mit Veranstaltungen in den Internationalen Wochen gegen Rassismus als eine gemeinsame Haltung mit allen Akteur*innen im Kreis GG – gegen Rassismus und für Demokratie.
- Kontinuierliche Weiterentwicklung des Internetauftritts des Netzwerks gegen Rechtsextremismus und Rassismus auf der Kreiswebseite. Hinzunahme von neuen Themenbereichen und Erweiterung des Info-Pools mit Beratungs- und Anlaufstellen.
- Online Newsletter Versand „Info-Mail“ mit Informationen und Veranstaltungshinweisen.
- Regelmäßige Pressemitteilungen über alle Aktionen und Veranstaltungen der Fachstelle.
- Werbeprodukte: Notizblock für Tagungen und Veranstaltungen.

5. Rückblick 2020 und Ausblick 2021

Die Arbeit im Jahr 2020 war geprägt von der Corona-Pandemie. Das Büro für Integration hat seine Arbeit größtenteils weiterführen können: Einige Veranstaltungen sind aufgrund der Regelungen zur Eindämmung der Pandemie ausgefallen. Doch haben bspw. alle Gremien, die seitens des Büros koordiniert werden, wie beispielsweise der Fachtag für Demokratie, die Come-Together-Preisverleihung und die Koordinierung von Dolmetsch-Pool-Einsätzen, stattgefunden. Die Umsetzung wurde den Bedingungen angepasst und erfolgte überwiegend digital. Zudem wurden neue Maßnahmen entwickelt, um auch in dieser außerordentlichen Zeit, die Zielgruppen erreichen und unterstützen zu können.

Folgende für 2020 definierten Ziele wurden erreicht:

- **AG Migration und IKZ Integration:** Trotz der großen Herausforderungen konnte der Austausch durch digitale Formate sichergestellt werden.
- **DEXT-Fachstelle:** Der Prozess wurde verzögert, jedoch konnte die DEXT-Fachstelle am 01.10.2020 besetzt werden. Weiterhin wurde der Folgeantrag für die Jahre 2021 und 2022 gestellt und bewilligt.
- **Website aktivevielfalt.de:** Die Grundbausteine für die Website sind erstellt, so dass in 2021 die Plattform online sein wird.

Aufgrund der Pandemie und dessen Konsequenzen konnten keine Personalressourcen (Lots*innen-koordinationsstelle) beantragt und der Ausbau des ehrenamtlichen Dolmetsch-Pools für medizinische Kontexte und der Aufbau eines Förderprogramms „Sprachkonzepte für Kinder ohne Deutschkenntnisse“ verwirklicht werden. Insbesondere weil die letzten genannten Maßnahmen in Kooperation mit dem Gesundheitsamt und dem FD Kindertageseinrichtungen geplant waren, die aber aufgrund der Bekämpfung der Pandemie selbstverständlicherweise keine Kapazitäten für neue Maßnahmen hatten. Die Eindämmung der Pandemie hat Vorrang für alle Bereiche.

Die Umsetzung und Begleitung der Integrations- und Vielfaltsstrategien der Kommunen wurde auf 2021 verschoben, da noch nicht alle Kommunen die Konzeptpapiere beschlossen haben oder aufgrund der Pandemie keine Maßnahmen geplant werden konnten. Die Finanzierung hierfür wurde jedoch gesichert: In 2020 wurde der Kreistagsbeschluss verabschiedet, dass den Kommunen des Kreises zur nachhaltigen Sicherung der „Kommunalen Sozialarbeit“ 2021 bis 2026 jährlich einen Zuschuss von € 3.000.000,00 zur Verfügung gestellt wird (S.13). Diese Fördermittel werden seitens der Kommunen in 2021 zur Umsetzung der Integrations- und Vielfaltsstrategien genutzt.

Die Corona-Pandemie hat verschärft aufgezeigt, dass strukturelle und institutionelle Zugangsbarrieren existent sind, die sowohl die Teilhabe als auch die Chancengerechtigkeit für – vor allem neu – zugewanderte Menschen verhindern. Um diese Barrieren abzubauen gilt es an Rahmenbedingungen zu arbeiten und Maßnahmen wie der Dolmetsch-Pool oder das angestrebte ELSA-Projekt zu initiieren, um bedarfsgerechte Beteiligungsformate zu entwickeln und den Zugang zu Dienstleistungen zu sichern.

Deutlich wurde in diesem Zusammenhang, wie wichtig eine verlässliche Vernetzungsstruktur von (Integrations-) Akteur*innen ist, da dadurch schnell akute Bedarfe festgestellt, Lösungswege gefunden und Menschen unterstützt werden können (siehe Netzwerk Integrationsmanagement).

Weiterhin wurde deutlich, welchen Mehrwert mehrsprachige Angebote haben. Es ist von neu zugewanderten Menschen nicht zu erwarten, dass sie in ihren ersten Jahren in Deutschland die deutsche Sprache so gut beherrschen, dass sie komplexe themen- und fachspezifische Sachverhalte verstehen. Sie müssen durch mehrsprachige Angebote unterstützt werden.

Aus diesen Ergebnissen resultierend sind für 2021 u.a. folgende weitere Ziele definiert:

- Weitere diversityorientierte Maßnahmen zur interkulturellen Öffnung der Kreisverwaltung
- Einführung eines internen Qualitätszirkels: 1 x pro Jahr soll ein Treffen mit Fachbereichsleitungen stattfinden, um festgestellte Bedarfe/Probleme im Bereich Migration/Integration einzubringen und gemeinsam Maßnahmen zu entwickeln, die direkt im Regelbereich verankert werden sollen.
- Gründung einer UAG Migration in der *AG Sozialaustausch der Kommunen*, um die Kommunen, die Maßnahme in diesem Bereich geplant haben, zu begleiten und zu unterstützen.

- Die neu gestaltete Kampagne des Vorfall-Melders starten und das Angebot effektiver bewerben, um mehr Betroffene von rechter und rassistischer Gewalt zu erreichen.
- Die DEXT-Fachstelle und ihre Aufgaben im Kreis Groß-Gerau in Netzwerk- und Arbeitsgruppen und politischen Gremien vorstellen und die Vernetzung mit relevanten Fachbereichen/Fachdiensten und mit Kooperationspartner*innen sichern.
- Den Antrag für das Vielfaltszentrum beim Hessischen Ministerium für Soziales und Integration stellen, um insbesondere den Grundstein für ein kreisweites Diversity-Konzept zu legen.

3. Anhang: Rechtsextreme Aktivitäten, Auffälligkeiten und rassistische Angriffe auf Menschen und Institutionen im Landkreis Groß-Gerau

Dokumentation eingegangener Vorfälle 2020 Zeitraum: 01.01. – 31.12.2020						
Zur Vorlage im						
<ul style="list-style-type: none"> Jahresbericht Büro für Integration 2020 Bericht von #hessenschauthin der Bildungsstätte Anne Frank Monitoring-Bericht Rechtsextremismus in Hessen des Beratungsnetzwerks Hessen 						
Wichtige Hinweise: <ul style="list-style-type: none"> Ein Fall wurde von einem*einer Beobachter*in anonym gemeldet und ist demnach nicht verifizierbar. Zum Schutz der Betroffenen und der Meldenden ist die Dokumentation insgesamt anonymisiert. Es werden nur Namen von Menschen genannt, die im Öffentlichen Leben stehen (z.B. Politiker*innen). 						
Eingangsdatum	Wo ist der Vorfall passiert?	Informationsquelle	Zusammenfassung des Vorfalls	Kategorie Motivation	Verifiziert	
1	03.02.2020	Büttelborn	Monitoring-Bericht Rechtsextremismus in Hessen	Ein Lastwagen mit mutmaßlich rechtsradikal motivierter Beschriftung wurde bei einer Baustelle in der Büttelborner Willy-Brandt-Straße entdeckt. An der Heckklappe steht in Frakturschrift "Whitepower Germania". Der Lastwagen gehört zu einer Kranfirma aus Karlsruhe. Der orangefarbene Lastwagen taucht auch mehrfach als Dienstfahrzeug auf der Facebook-Seite eines Funktionärs der rechten Republikaner aus Baden-Württemberg auf.	<u>Rechtsextreme Aktivitäten:</u> Mitwirkung und Unterstützung rechtsextremer Parteien und Organisationen. <u>Motivation:</u> Rechtsextremismus, Rassismus	Ja
2	05.02.2020	Rüsselsheim	Presse	Die Motorhaube eines Autos, das auf dem Parkplatz des Jobcenters in Rüsselsheim stand, wurde mit einem Hakenkreuz Symbol beschädigt. Die Täter haben auch die Reifen zerstochen, zerkratzen das Auto massiv und ritzen das Hakenkreuz auf die Motorhaube.	<u>Rechtsextreme Aktivitäten:</u> Verwendung von rechtsextremen und rassistischen Symbolen, Begriffen und Codes. <u>Motivation:</u> Rechtsextremismus, Rassismus	Ja

3	05.03.2020	Groß-Gerau	Vorfall-Melder	In der Kantine der Kreisverwaltung Groß-Gerau befand sich ein Mann, der faschistische Kleidung von den sogenannten „European Brotherhood“ trug. Dazu war er mit einem Messer bewaffnet. Offensichtlich handelte es sich um einen Kunden der Zulassungsstelle, da er Kennzeichen dabei hatte.	<u>Rechtsextreme Aktivitäten:</u> Verwendung von rechtsextremen und rassistischen Symbolen, Begriffen und Codes. <u>Motivation:</u> Rechtsextremismus, Rassismus	Ja
4	07.03.2020	Wallerstädten	Presse	Drei "Im Häuserfeld" und "Am Wingert" geparkte Fahrzeuge, wurden in der Nacht zum Samstag (07.03.) von Unbekannten beschädigt. Die Täter*innen ritzten jeweils ein Hakenkreuz in den Autolack. Der Schaden beläuft sich insgesamt auf mehrere Hundert Euro. Bei einem der Fahrzeuge wurden zudem die amtlichen Kennzeichen entwendet.	<u>Rechtsextreme Aktivitäten:</u> Verwendung von rechtsextremen und rassistischen Symbolen, Begriffen und Codes. <u>Motivation:</u> Rechtsextremismus, Rassismus	Ja
5	16.03.2020	Groß-Gerau	Presse (Artikel veröffentlicht am 19.Mai)	20-Jährige Frau wird aufgrund ihrer religiösen Zugehörigkeit und ihrer Herkunft an der Bushaltestelle Marktplatz in Groß-Gerau rassistisch und sexistisch angegriffen. Nach mehrfachen verbalen Attacken wird sie auch körperlich angegriffen: Täter zieht an ihrer Kapuze und gießt ein alkoholisches Getränk über ihren Kopf. Niemand im Umfeld reagiert und unterstützt sie: Weder Busfahrer, noch anwesende Menschen. Sie ruft die Polizei an, wird aber nicht ernst genommen: Polizei lacht über die Tat und rät ihr von einer Anzeige ab. Nach einiger Zeit wendet sie sich mit einem Schreiben an den Bürgermeister der Stadt. Auch dieser reagiert nicht auf die rassistische Erfahrung, die die junge Frau erfahren musste. Nach zwei Monaten wendet sich die Betroffene dann an die Presse.	Rassistischer Angriff auf Menschen. <u>Motivation:</u> Rassismus, Antimuslimischer Rassismus	Ja
6	16.03. 2020	Ginsheim-Gustavsburg	Hessenschauthin	Rassistisches Firmenlogo Das Firmenlogo eines Mainzer Betriebs, dessen Besitzer das N-Wort im Namen trägt, stellt eine rassistisch stilisierte Schwarze Person dar. Obwohl das Logo, welches sich gut sichtbar auf Fahrzeugen und Gebäuden des Betriebs befindet, als diskriminierend aufgenommen wird, ist das Unternehmen nicht zur Änderung bereit.	Rassistischer Angriff auf Menschen. <u>Motivation:</u> Rassismus	Ja
7	27.03.2020	Groß-Gerau	Presse	In der Adolf-Göbel-Straße wurden 13 Autos zerkratzt. Einige Kratzer sind willkürlich; darunter waren eingekratzte Beleidigungen und ein Hakenkreuz.	<u>Rechtsextreme Aktivitäten:</u>	Ja

					Verwendung von rechtsextremen und rassistischen Symbolen, Begriffen und Codes. <u>Motivation:</u> Rassismus, Rechtsextremismus	
8	08.04.2020	Wolfskehlen	Vorfall-Melder	Am Altkleidercontainer des Abfall-Wirtschafts-Service (AWS) am alten Marktplatz Wolfskehlen wurde ein Aufkleber der Identitären Bewegung entdeckt, der bereits sehr lange dort angebracht sei. Info: Die Identitäre Bewegung ist eine vom Verfassungsschutz beobachtete rechtsextreme Organisation.	<u>Rechtsextreme Aktivitäten:</u> Mitwirkung und Unterstützung rechtsextremer Parteien und Organisationen. <u>Motivation:</u> Rechtsextremismus, Rassismus	Ja
9	23.04.2020	Rüsselsheim	Vorfall-Melder	Am Bahnhofplatz wurden zwei Männer (beide BIPOC ¹) von der Polizei kontrolliert, weil sie die Abstandsregeln nicht eingehalten hätten. Beide leben aber in einem Haushalt. Ihre Ausweise werden kontrolliert und ihnen wird zu Unrecht ein Corona-Bußgeld verhängt, da sie die Regeln missachtet hätten, während außer ihnen niemand von der Polizei kontrolliert wurde.	Racial Profiling. <u>Motivation:</u> Institutioneller und struktureller Rassismus	Anonyme Meldung
10	03.06.2020	Rüsselsheim	Vorfall-Melder	Über einen längeren Zeitraum hinaus wird eine Familie aufgrund ihrer Herkunft, massiv von einem Nachbarn rassistisch angegriffen und beleidigt. Der Täter bedroht die Familie mit Waffen, belästigt mit Lärm und Böller, beschädigt ihr Eigentum und betritt unerlaubt ihr Grundstück. Mehrmals wurde die Polizei hinzugezogen aber der Fall wurde immer wieder als Nachbarschaftsstreit relativiert und nicht weiterverfolgt.	Rassistischer Angriff auf Menschen. <u>Motivation:</u> Rassismus	Ja
11	24.06.2020	Groß-Gerau	Vorfall-Melder	Im Kreistag am 22.06.2020 des Landkreises Groß-Gerau verwendete Abgeordneter Horst Zickler (AfD) in einem Redebeitrag den rechtsextremen Kampfbegriff „Volksaustausch“. Diese nicht parlamentarische, rassistische Wortwahl wurde von Kreistagsvorsitzenden Gerald Kummer gerügt (siehe Beschlussauszug, Vorlagen-Nummer: XVIII/447).	<u>Rechtsextreme Aktivitäten:</u> Verwendung von rechtsextremen und rassistischen Symbolen, Begriffen und Codes. <u>Motivation:</u> Rassismus, Antimuslimischer Rassismus	Ja

¹ Black, Indigenous, People of Color

12	30.06.2020	Biebesheim	Vorfall-Melder	<p>Eisernes Kreuz auf Herstellermarke am Kofferraum eines PKW entdeckt.</p> <p>Info: Das Eiserne Kreuz wird von Reichsbürger*innen und von Rechtsextremen genutzt, insbesondere in Kombination mit der Reichskriegsflagge oder anderen rechtsextremen Parolen und Symbolen.</p>	<p><u>Rechtsextreme Aktivitäten:</u> Verwendung von rechtsextremen und rassistischen Symbolen, Begriffen und Codes.</p> <p><u>Motivation:</u> Rassismus, Rechtsextremismus</p>	Ja
13	01.07.2020	Rüsselsheim	Hessenschauthin	<p>Beleidigungen und Angriff durch mehrere Personen Eine Frau wurde von einer kleinen Gruppe aus der Nachbarschaft beleidigt und von einem Täter auf den Hinterkopf geschlagen. Eine Anzeige wurde erstattet, doch das Verfahren wurde nach kurzer Zeit eingestellt.</p>	<p>Rassistischer Angriff auf Menschen.</p> <p><u>Motivation:</u> Rassismus</p>	
14	02.07.2020	Mörfelden-Walldorf	Vorfall-Melder	<p>Informationstafeln an der Gedenkstätte des Margit-Horváth-Zentrums wurden zum wiederholten Male beschädigt.</p>	<p>Rassistischer Angriff auf Institution.</p> <p><u>Motivation:</u> Rassismus, Antisemitismus, Rechtsextremismus</p>	Ja
15	05.07.2020	Trebur	<p>Monitoring-Bericht</p> <p>Rechts- extremismus in Hessen</p>	<p>Die rechtsextreme Partei "Der III. Weg" beteiligt sich am Bauernprotest in Trebur.</p> <p>Info: „Der III. Weg“ ist eine rechtsextremistische Kleinpartei, die als Auffangbecken für Angehörige der neonazistischen Szene fungiert und vom Verfassungsschutz beobachtet wird.</p>	<p><u>Rechtsextreme Aktivitäten:</u> Mitwirkung und Unterstützung rechtsextremer Parteien und Organisationen.</p> <p><u>Motivation:</u> Rassismus, Rechtsextremismus</p>	Ja
16	08.07.2020	Riedstadt	Vorfall-Melder	<p>Nach einem Arzttermin stellt Frau A. fest, dass ihr parkendes Auto angefahren wurde. Der*die Unfallverursacher*in hat Fahrerflucht begangen. Frau A. ruft zur Unterstützung ihren Mann (BIPoC) zum Unfallort und informiert im Anschluss die Polizei. Sie möchte, dass der Unfall bzw. die Fahrerflucht ordnungsgemäß aufgenommen wird und sie möchte Anzeige gegen Unbekannt stellen. Daraufhin nehmen die zwei Polizisten ihre Personalien auf und beschuldigen sie unmittelbar der Irreführung und des Betrugs. Sie beschuldigen Frau A. und drohen ihr mit strafrechtlichen Folgen. Die Kriminalisierung der Betroffenen hat keinerlei Begründung und es gibt keine Verdachtsmomente, die erklären könnten, warum Frau A. und ihr Mann kriminalisiert werden. Die Polizisten befragen niemanden und unternehmen auch sonst keine weiteren Maßnahmen, um ihren Verdacht zu bestärken.</p>	<p>Racial Profiling.</p> <p><u>Motivation:</u> Institutioneller und struktureller Rassismus</p>	Ja

17	15.07.2020	Groß-Gerau	Vorfall-Melder	<p>Klientin wird an der Infothek der Kreisverwaltung Groß-Gerau aufgrund ihrer Hautfarbe rassistisch behandelt.</p> <p>Klientin hat einen Termin in der Wirtschaftsförderung und meldet sich an der Infothek hierfür an. Daraufhin wird sie mehrmals gefragt, ob sie nicht doch zur Ausländerbehörde möchte. Klientin verneint und legt ihre Terminbestätigung in der Wirtschaftsförderung vor. Nach längerem hin und her wird sie zu ihrem Termin in der Wirtschaftsförderung zugelassen.</p>	<p>Institutioneller und struktureller Rassismus.</p> <p><u>Motivation:</u> Rassismus</p>	Ja
18	23.07.2020	Groß-Gerau	Vorfall-Melder	<p>Klient*in erlebt durch eine*n Mitarbeiter*in der Vollstreckungsbehörde (Kreisverwaltung Groß-Gerau) Diskriminierung aufgrund ihrer zugeschriebenen Herkunft.</p> <p>Obwohl sie fristgerecht mehrfach versuchte, die Behörde via Telefon und E-Mails zu erreichen, um ihr Anliegen zu kommunizieren, wurde keiner ihrer Anrufe oder Mails beantwortet. Als dann die Frist verstrichen war, wurde sie von einer Mitarbeiter*in mit rassistischen Vorwürfen konfrontiert und beleidigt.</p>	<p>Rassistischer Angriff auf Menschen.</p> <p><u>Motivation:</u> Rassismus, Institutioneller Rassismus</p>	Ja
19	31.07.2020	Groß-Gerau	Vorfall-Melder	<p>Im Kleingartengelände Groß-Gerau wurde eine umgekehrte Deutschlandfahne an einem Fahnenmast gesehen. Die Fahne hing mehrere Wochen, so dass davon auszugehen ist, dass sie nicht irrtümlich so gehisst wurde.</p> <p>Info: Eine falsch herum gehisste Flagge ist ein Code der Reichsbürgerszene und geht mit einer Täter-Opfer-Umkehr einher. Diese Symbolik ist besonders für Verschwörungsideolog*innen reizvoll, wenn sie beispielsweise daran glauben, Deutschland sei insgeheim ein besetztes Land, dessen Bevölkerung von dunklen Mächten ausgetauscht werden solle.</p>	<p><u>Rechtsextreme Aktivitäten:</u> Verwendung von rechtsextremen und rassistischen Symbolen, Begriffen und Codes.</p> <p><u>Motivation:</u> Rassismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus</p>	Ja
20	03.08.2020	Rüsselsheim	Monitoring-Bericht Rechts-extremismus in Hessen	<p>Am Lachebad und Umgebung wurden Hakenkreuzsprühereien dokumentiert.</p>	<p><u>Rechtsextreme Aktivitäten:</u> Verwendung von rechtsextremen und rassistischen Symbolen, Begriffen und Codes.</p> <p><u>Motivation:</u> Rassismus, Rechtsextremismus</p>	Ja

21	07.08.2020	Bischofsheim	Presse	<p>Polizeibeamter Herr G. hinterfragt rechtliche Grundlagen von einigen Polizei-Aktionen seiner Station. Seine Beschwerden werden nicht gehört. Die Polizisten sollten zum Beispiel mitten in der Nacht ohne richterlichen Beschluss kontrollieren, ob sich ein Flüchtling in seiner Unterkunft aufhält. Herr G. hatte Bedenken und bat das Polizeipräsidium Südhessen um rechtliche Prüfung. Nach vier Monaten kam das Präsidium zu dem Ergebnis, dass Herr G. recht hatte: Die Maßnahme war unverhältnismäßig.</p> <p>An einem anderen Fall sollte die Dienstgruppe von Herrn G. am frühen Morgen vier Asylbewerber festnehmen, damit sie zu einem Behördentermin nach Kassel gebracht werden konnten – wiederum ohne richterlichen Beschluss. Diesmal erklärte das Präsidium: Es brauchte keinen richterlichen Beschluss.</p> <p>Aufgrund der Hinterfragung und der Beschwerde seitens Herrn G. bezüglich der genannten Aktionen, sind ihm daraus bisher nur Nachteile erwachsen: Strafanzeige, Disziplinarverfahren, Versetzung, psychische Probleme. Vom Präsidium fühlt er sich kaltgestellt.</p> <p>Herr G. macht seine Beschwerde öffentlich und hat eine Petition beim Hessischen Landtag eingereicht.</p>	<p>Racial Profiling.</p> <p><u>Motivation:</u> Institutioneller und struktureller Rassismus</p>	Ja
22	16.08.2020	Klein-Gerau	Hessenschauthin	<p>Rassistisch motivierter Angriff auf einen Fahrradfahrer</p> <p>Eine Person auf dem Fahrrad wurde von einem Mann und einem Jugendlichen rassistisch beleidigt und angeschrien. Zudem wurde ihm das Recht hier zu leben abgesprochen. Dann haben sie sein Fahrrad mit voller Wucht auf den Boden geschmissen und ihn zu Boden gerungen. Einer der Aggressoren kniete auf dem Rücken des Opfers, hielt seine Arme fest und drückte sein Gesicht auf den Boden, sodass das Opfer kaum Luft bekam. Unter der Androhung der Weitergabe von Handyaufnahmen und der Verständigung der Polizei ließ der Aggressor erst nach einigen Minuten vom Opfer ab. Der Jugendliche behauptete daraufhin, dass der Aggressor selbst Polizist sei. Danach zogen Opfer und Aggressor in verschiedene Richtungen ab. Die Polizei wurde verständigt und beide Aggressoren wurden gestellt.</p>	<p>Institutioneller und struktureller Rassismus.</p> <p><u>Motivation:</u> Rassismus</p>	Ja
23	10.09.2020	Groß-Gerau	Hessenschauthin	<p><u>Rassistische Kommentare am Arbeitsplatz</u></p> <p>Eine Mitarbeiterin hat während der Arbeit mehrfach verbale rassistische Kommentare von ihren Kolleg*innen bekommen.</p>	<p>Rassistischer Angriff auf Menschen.</p> <p><u>Motivation:</u> Rassismus</p>	Ja

24	22.09.2020	Rüsselsheim	Vorfall-Melder	<p>Rassistische Beleidigung und Diskriminierung am Empfang des GPR Klinikums.</p> <p>Frau S. begleitet einen Krebspatienten zu einem wichtigen Besprechungstermin über Therapiemöglichkeiten. Der Krebspatient spricht kein Deutsch und ist auf Hilfe angewiesen. Die Mitarbeiter*innen am Empfang des GPR verweigern Frau S. den Zutritt als Dolmetscherin, obwohl die urologische Abteilung der Begleitung durch Frau S. zugestimmt hatte. Es entsteht eine Diskussion, woraufhin Frau S. aufgrund ihrer Herkunft rassistisch und diskriminierend beleidigt wird. Alle Bemühungen von Frau S. den betroffenen Patienten zu unterstützen bleiben erfolglos: Sowohl die Mitarbeiter*innen vom Empfang als auch die telefonische Zuschaltung der urologischen Abteilung der GPR agieren nicht lösungsorientiert im Sinne des Patienten, sondern diskriminierend.</p>	<p>Rassistischer Angriff auf Menschen.</p> <p><u>Motivation:</u> Rassismus, Institutioneller Rassismus</p>	Ja
25	24.09.2020	Rüsselsheim	Vorfall-Melder	<p>Diskriminierender und rassistischer Umgang mit Patientin in einer Arztpraxis:</p> <p>Patientin wird aufgrund ihrer Hautfarbe und religiösen Zugehörigkeit vom behandelnden Arzt rassistisch beleidigt und verbal angegriffen.</p>	<p>Rassistischer Angriff auf Menschen.</p> <p><u>Motivation:</u> Rassismus, Antimuslimischer Rassismus</p>	Ja
26	01.09.2020	Groß-Gerau	Vorfall-Melder	<p>Neofaschistische Aufkleber von der rechtsextremen Partei „Der III. Weg“ am historischen Rathaus in Groß-Gerau entdeckt.</p> <p>Info: „Der III. Weg“ ist eine rechtsextremistische Kleinpartei, die als Auffangbecken für Angehörige der neonazistischen Szene fungiert und vom Verfassungsschutz beobachtet wird.</p>	<p><u>Rechtsextreme Aktivitäten:</u> Mitwirkung und Unterstützung rechtsextremer Parteien und Organisationen.</p> <p><u>Motivation:</u> Rassismus, Rechtsextremismus</p>	Ja
27	08.09.2020	Gernsheim	Monitoring-Bericht Rechts-extremismus in Hessen	<p>Laut Bericht der Frankfurter Rundschau verteilten drei Frauen und ein Mann der Initiative "Querdenken 615" Flyer vor dem Gymnasium Gernsheim, die sich gegen die Maskenpflicht wendeten. Das Personal der Schule hat sofort reagiert und die Polizei alarmiert. Sie erhielten einen Platzverweis von der Polizei.</p>	<p><u>Rechtsextreme Aktivitäten:</u> Mitwirkung und Unterstützung rechtsextremer Parteien und Organisationen.</p> <p><u>Motivation:</u> Antisemitismus, Rechtsextremismus, Anti-Corona Verschwörungserzählungen</p>	Ja

28	08.10.2020	Groß-Gerau	Vorfall-Melder	Mitarbeiter der Kreisverwaltung GG verwendet rassistischen Begriff „Kopftuchträger“ in Bezug auf Muslim*innen.	<u>Rechtsextreme Aktivitäten:</u> Verwendung von rechtsextremen und rassistischen Symbolen, Begriffen und Codes. <u>Motivation:</u> Rassismus, Antimuslimischer Rassismus	Ja
29	12.10.2020	Rüsselsheim	Presse	Die Fußball-Mannschaft Türk-Gücü Rüsselsheim wird bei einem Auswärtsspiel in Fürth, während der gesamten Spieldauer rassistisch beleidigt.	Rassistischer Angriff auf Menschen und Institution. <u>Motivation:</u> Rassismus	Ja
30	20.10.2020	Mörfelden-Walldorf	Vorfall-Melder	Am Schaukasten des Evangelischen Zentrums für Interkulturelle Bildung wurde von der Hausmeisterin ein Zettel entdeckt mit folgender Aufschrift: "Islam scheid Religion na Paris stinkt von islamischer Scheiße".	Rassistischer Angriff auf Institution. <u>Motivation:</u> Rassismus, Antimuslimischer Rassismus	Ja
31	11.11.2020	Mörfelden-Walldorf	Monitoring-Bericht Rechts- extremismus in Hessen	Zwischen dem 11. und 12. November haben Unbekannte mehrere Rampen und den Boden im Bereich eines Skateparks in der Okrifteler Straße mit Farbe besprüht. Unter anderem wurde ein Hakenkreuz festgestellt.	<u>Rechtsextreme Aktivitäten:</u> Verwendung von rechtsextremen und rassistischen Symbolen, Begriffen und Codes. <u>Motivation:</u> Rassismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus	Ja
32	29.11.2020	Dornheim	Vorfall-Melder	Am Dornheimer Bahnhof finden sich an mehreren Stellen (Masten, Abfallbehälter) Aufkleber der Identitären Bewegung, "Festung Europa, macht die Grenzen dicht", "Islamistische Gefährder abschieben", "Islamisierung nicht mit uns".	<u>Rechtsextreme Aktivitäten:</u> Mitwirkung und Unterstützung rechtsextremer Parteien und Organisationen. <u>Motivation:</u> Rassismus, Rechtsextremismus, Antimuslimischer Rassismus	Ja

33	01.12.2020	Trebur	Vorfall-Melder	<p>Ein Plakat mit der Aufschrift: „Islamistische Gefährder abschieben. Jeder Einzelne ist zu viel. Domain: www.schiebt-sie-ab.de“ hing am Freitag den 27.11. an der Hauptstraße in Trebur.</p> <p>Info: Hierbei handelt es sich um eine Aktion der Identitären Bewegung.</p>	<p><u>Rechtsextreme Aktivitäten:</u> Mitwirkung und Unterstützung rechtsextremer Parteien und Organisationen.</p> <p><u>Motivation:</u> Rassismus, Rechtsextremismus, Antimuslimischer Rassismus</p>	Ja
34	05.12.2020	Raunheim	Presse/ Polizeipräsidium Südhessen	<p>Eine 36 Jahre alte Frau stieg am Samstagnachmittag (05.12.) in der Lahnstraße aus ihrem Fahrzeug aus und holte anschließend ihre vierjährige Tochter aus dem Auto. Anschließend blieb ein Autofahrer vor den beiden stehen, hupte, ließ den Motor seines Fahrzeugs aufheulen und bedrängte die 36-Jährige, die Fahrbahn schneller freizumachen.</p> <p>Die Betroffene berichtet, dass der Mann langsam gegen ihr Bein gefahren ist und sie rassistisch beleidigte. Die 36-Jährige klagte im Anschluss über Schmerzen im Knie und wurde ins Krankenhaus gebracht.</p>	<p>Rassistischer Angriff auf Menschen.</p> <p><u>Motivation:</u> Rassismus</p>	Ja
35	09.12.2020	Groß-Gerau	Vorfall-Melder	<p>Aufkleber von der Organisation www.patrioten-propaganda.net wurde in der Jahnstraße entdeckt.</p> <p>Info: Bei der Website handelt es sich um den rechtsextremistischen Versandhandel des bekannten Dortmunder Neonazis und Parteifunktionär der Partei „Die Rechte“, Michael Brück.</p>	<p><u>Rechtsextreme Aktivitäten:</u> Mitwirkung und Unterstützung rechtsextremer Parteien und Organisationen.</p> <p><u>Motivation:</u> Rassismus, Rechtsextremismus, Antimuslimischer Rassismus Gegen Nicht-Rechte und Alternative, gegen politische Gegner*innen</p>	Ja
36	16.12.2020	Groß-Gerau	Vorfall-Melder	<p>Aufkleber der Identitären Bewegung wurden in der Sudetenstrasse entdeckt.</p>	<p><u>Rechtsextreme Aktivitäten:</u> Mitwirkung und Unterstützung rechtsextremer Parteien und Organisationen.</p> <p><u>Motivation:</u> Rassismus, Rechtsextremismus, Antimuslimischer Rassismus</p>	Ja

4. Glossar zur Dokumentation rechtsextremer Aktivitäten, Auffälligkeiten und rassistischen Angriffen auf Menschen und Institutionen im Landkreis Groß-Gerau

Anmerkung:

Die rechtsextremen und rassistischen Vorfälle werden in der Dokumentation bestimmten Kategorien zugeordnet. Die Kategorien und zugehörige Begriffe werden im folgenden Glossar erläutert.

Kategorien:

1. Rassistische Angriffe auf Menschen und Institutionen
2. Rechtsextreme Aktivitäten
3. Institutioneller und struktureller Rassismus
4. Racial Profiling

Das Glossar ist alphabetisch aufgebaut.

Glossar Kategorien und Begriffe	
BIPoC	<p>BIPoC ist die Abkürzung von Black, Indigenous, People of Color und bedeutet auf Deutsch: Schwarz, Indigen; der Begriff People of Color wird nicht ins Deutsche übersetzt (siehe auch unter: People of Color).</p> <p>Diese Begriffe sind politische Selbstbezeichnungen. Das bedeutet, sie sind aus einem Widerstand entstanden und stehen bis heute für die Kämpfe gegen Unterdrückungen und für mehr Gleichberechtigung.</p>
Diskriminierung	<p>Eine Diskriminierung ist dann gegeben, wenn Menschen, die einer Minderheit angehören im Vergleich zu den Mitgliedern der Mehrheitsgesellschaft, weniger Teilhabechancen haben. Einer Minderheit werden Menschen dann zugeordnet, wenn sie von der vermeintlichen „Norm“ herausfallen, weil sie so sind wie sie sind und/oder weil ihnen bestimmte Eigenschaften zugeschrieben und/oder abgesprochen werden. Insofern haben diskriminierte Menschen weniger Zugang zu Ressourcen und weniger Chancen zur gerechten Teilhabe an der Gesellschaft.</p> <p>Die Ungleichbehandlung führt neben struktureller Benachteiligung ebenfalls zu Demütigungen, Traumatisierungen und auch existenziellen Konsequenzen. Diskriminierungspraxen stellen folglich eine Verhinderung der Menschenrechte dar.</p> <p>Die Mechanismen, die Diskriminierungen bewirken können sowohl individueller, als auch institutioneller sowie struktureller Natur sein.</p> <p><u>Intersektionale Diskriminierung:</u> Als intersektionale Diskriminierung wird Mehrfach-Diskriminierung beschrieben. Das bedeutet, dass Menschen nicht nur wegen einer - zugeschriebenen und/oder abgesprochenen Eigenschaft diskriminiert werden, sondern aufgrund zwei oder mehreren Eigenschaften gleichzeitig. Ein Beispiel: Woman of Color können aufgrund 1. Ihrer Hautfarbe, 2. durch das Tragen von religiösen und kulturellen Symbols, 3. ihres Geschlechtes und 4. ihrer Körperform gleichzeitig diskriminiert werden.</p> <p>Diskriminierung ist eine grobe Verletzung der Menschenrechte und verstößt gegen das Grundgesetz der BRD.</p>

<p>People of Color (PoC)</p>	<p>Der Begriff People of Color (im Singular Person of Color) ist eine Selbstbezeichnung von Menschen, die Rassismus erfahren. Die Bezeichnung ist im Zuge der US-amerikanischen Bürgerrechtsbewegung in den 1960ern entstanden. Als Wiederaneignung und positive Umdeutung der abwertenden Zuschreibung „colored“ stellt die Bezeichnung People of Color ein solidarisches Bündnis von unterschiedlichen marginalisierten und rassifizierten² Communities dar, die strukturelle Ausschlusserfahrungen aufgrund von Rassismus machen. In Deutschland etabliert sich die Selbstbezeichnung in den letzten Jahrzehnten deutlich. Hiermit wird auf eine gemeinsame und in Deutschland existierende Rassismuserfahrung verwiesen. Mit dem Begriff grenzen sich Menschen bewusst von defizitorientierten und stigmatisierenden Bezeichnungen wie Migrant*in bzw. Migrationshintergrund ab. Dies ist auch insofern von Bedeutung, da nicht alle Menschen mit Migrationshintergrund Rassismus erfahren (zum Beispiel weiße Migrant*innen aus bestimmten EU-Ländern) und viele Menschen Rassismuserfahrungen machen, die statistisch keinen Migrationshintergrund haben (statistisch besteht Migrationshintergrund nur für Eingewanderte und ihre Nachfahren der ersten und zweiten Generation). Der Begriff PoC beschreibt, ähnlich wie <i>Schwarz</i> oder <i>weiß</i>, keine Hautschattierungen. Es geht um die Marginalisierung aufgrund von Rassismus.</p>
<p>Rassismus</p> <p>Eine Auswahl an unterschiedlichen Erscheinungsformen und Funktionen von Rassismen</p>	<p>Rassismus ist ein machtvolleres Ordnungssystem, wodurch Markierungen von Unterschieden erzeugt werden, um sich gegenüber anderen abzugrenzen. Die Markierungen dienen dazu, soziale, politische und wirtschaftliche Handlungen zu begründen, die bestimmte Gruppen vom Zugang zu materiellen und symbolischen Ressourcen ausschließen und dadurch der ausschließenden Gruppe einen privilegierten Zugang sichern. Entscheidend ist hierbei, dass die Gruppen aufgrund willkürlich gewählter Kriterien gebildet werden, wie z.B. die Herkunft oder die Hautfarbe. In Bezug auf die Entstehung der „Rasse³“-Konstruktion und ihren Funktionen kann Rassismus als ein System von Diskursen und Praxen definiert werden, die historisch entwickelt wurden, um (aktuelle) Machtverhältnisse zu legitimieren und zu reproduzieren. Somit handelt es sich bei Rassismus nicht nur einfach um individuelle Vorurteile, sondern um die Legitimation von gesellschaftlichen Hierarchien, die auf der Diskriminierung von Gruppen basieren und somit immer ein gesellschaftliches Verhältnis darstellen.</p> <p>Rassismus ist eine grobe Verletzung der Menschenrechte und verstößt gegen das Grundgesetz der BRD.</p> <p><u>Biologischer Rassismus</u> Der biologische Rassismus beruht auf der Theorie, dass es menschliche Rassen gibt, die klar voneinander abgrenzbar seien und die angeblich die physischen, intellektuellen und charakterlichen Eigenschaften der Individuen bestimmen. Ziel dieser Ideologie ist es die Vermischung von Rassen zu verhindern. Beim biologischen Rassismus wird die sogenannte <i>weiße Rasse</i> als diejenige bestimmt, die die besten Eigenschaften unter allen anderen hätte.</p> <p><u>Kulturrassismus</u> Der Kulturrassismus geht davon aus, dass es höherwertige Kulturen gibt, die durch die Abweisung anderer Kulturkonstruktionen zu einer Selbstveredelung dient und eine kollektive Identität untermauern soll, die es zu verteidigen gilt. Dem Kulturrassismus unterliegt ein Kulturalismus, der fremde Kulturen in eine Feindschaft zur eigenen stellt, wodurch eine Kulturbedrohung inszeniert wird.</p>

² Rassifiziert, Rassifizierung: Prozess der Kategorisierung und Hierarchisierung von Gruppen sowie die Aufladung bestimmter Merkmale dieser Gruppen mit bestimmten Bedeutungen.

³ Wir verzichten auf den Begriff „Rasse“, da dieser wissenschaftlich widerlegt ist und in der Vergangenheit dazu missbraucht wurde menschliches Leid zu rechtfertigen. Wir verwenden die Begriffe ‚rassistische Diskriminierung‘ und Rassifizierung, um zu zeigen, dass rassistisches Gedankengut und Handeln real existieren und zu bekämpfen sind. Der Begriff Rasse wird hier nur verwendet, um die rassistische und rechtsextreme Weltansicht zu verdeutlichen.

	<p><u>Sozial-Rassismus</u> Der Begriff Sozial-Rassismus wird häufig als Synonym für Klassismus verwendet und bezeichnet die Diskriminierung und Unterdrückung von Menschen aufgrund ihrer sozialen Herkunft und ihres sozialen Status. Sowohl Rassismus als auch Klassismus beruhen auf demselben Phänomen, Menschen die zu einer Minderheit gehören, systematisch und strukturell auszugrenzen.</p> <p><u>Institutioneller Rassismus</u> Institutioneller Rassismus bezieht sich auf Strukturen von Organisationen, tradierte Gewohnheiten, etablierte Wertevorstellungen und bewährte Handlungsmaximen einer Gesellschaft. Institutioneller Rassismus lässt sich in Prozessen, Einstellungen und Verhaltensweisen von Institutionen festmachen, welche auf eine Diskriminierung hinauslaufen und durch Vorurteile, Ignoranz, Gedankenlosigkeit und rassistische Stereotypen, Menschen aufgrund willkürlich definierter Kriterien individuell oder kollektiv benachteiligen.</p> <p><u>Struktureller Rassismus</u> Struktureller Rassismus bezeichnet einen Ausgrenzungsmechanismus, wodurch die Benachteiligung einzelner Gruppen durch die Organisation der Gesellschaft zustande kommt. Die über Jahrzehnte und Jahrhunderte gewachsene Art des Zusammenlebens zeigt sich zum Beispiel darin, wer welche Arbeit macht oder wie die Macht, Entscheidungen zu treffen, verteilt ist. In unserer Art des Zusammenlebens haben sich Gebräuche und Traditionen etabliert, durch die einzelne Gruppen privilegiert sind, andere hingegen schlechter gestellt sind - und uns das normal erscheint.</p> <p>Institutioneller und struktureller Rassismus bezeichnet also die Ausgrenzungs- und Abwertungspraktiken, die von gesellschaftlichen Institutionen, ihren Gesetzen und ihren Normen ausgehen. Diese Form von Rassismus taucht oft im Alltagsleben auf und wird daher auch unter anderem als Alltagsrassismus verstanden.</p>
<p>Rassistischer Angriff auf Menschen und Institutionen</p>	<p>Rassistische Angriffe auf Menschen und Institutionen sind dann gegeben, wenn ein Angriff ein rassistisches Motiv oder eine rassistische Haltung hat. Hierbei ist <u>nicht</u> relevant, ob der*die Täter*innen bewusst und zielstrebig rassistisch gehandelt haben. Ein rassistischer Angriff ist - unabhängig von seiner Form - immer ein Gewaltakt. Ausschlaggebend ist demnach, dass die betroffenen Opfer an den (langfristigen) Konsequenzen eines gewaltvollen Angriffs zu leiden haben und der Angriff eine physische und/oder psychische Verletzung erzeugt.</p>
<p>Racial Profiling</p>	<p>Racial Profiling (rassistische Profilerstellung) beschreibt bestimmte polizeiliche Maßnahmen sowie Maßnahmen von weiteren Sicherheits-, Einwanderungs- und Zollbehörden. Hierbei geht es um Identitätskontrollen, Befragungen, Überwachungen, Durchsuchungen und/oder Verhaftungen, die nicht auf einer konkreten Verdachtsgrundlage oder Gefahr, sondern auf rassifizierten oder ethnisierten Merkmalen beruhen, insbesondere Hautfarbe oder eine zugeschriebene Religionszugehörigkeit.</p> <p>In der polizeilichen Alltagspraxis kommt es laut Erfahrungs- und Forschungsberichten zur stereotypen und rassistischen Stigmatisierung sowie Kriminalisierung von Personen und Gruppen, die von der Gesellschaft als anders eingestuft werden. Racial Profiling ist eine besondere Art von institutionellem und strukturellem Rassismus und auch in Deutschland existent.</p> <p>Anlasslose Personenkontrollen aufgrund eines Erscheinungsbildes und verknüpft mit weiteren Ungleichheitsdimensionen verstoßen gegen die Menschenrechte und gegen das Grundgesetz der BRD.</p>

<p>Rechtsextremismus</p>	<p>Rechtsextremismus ist eine politisierte Form von Rassismus, da es sich bei dieser um eine politische Einstellung handelt, die ihre gesellschaftlichen Vorstellungen umsetzen möchte.</p> <p>Rechtsextremismus wird demnach oft als ein Sammelbegriff für politische Handlungsweisen und Ideologien verstanden, die die freiheitlich-demokratischen Grundordnung offen oder verdeckt ablehnen und ein autoritäres oder totalitäres staatliches System errichten wollen.</p> <p>In der rechtsextremen Ideologie wird der Wert eines Menschen aufgrund seiner Herkunft, Nation oder angeblichen biologischen Rasse bemessen. Damit geht immer die Abwertung und Ausgrenzung bestimmter Menschengruppen einher.</p> <p>Das bedeutet, dass es Rassismus ohne Rechtsextremismus gibt, nicht aber Rechtsextremismus ohne Rassismus.</p>
<p>Rechtsextreme Aktivitäten:</p>	<p>Rechtsextremismus ist gekennzeichnet durch folgende Merkmale:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Rassismus, • Nationalismus, • Völkische Ideologien, • Antisemitismus, • Antimuslimischer Rassismus, • Geschichtsklitterung: Verherrlichung des NS Regimes, Relativierung bzw. Leugnung des Holocaust, • Diffamierung und Ablehnung des demokratischen Rechtsstaates und seiner Institutionen, • Errichtung eines autoritären Staates mit nationalistischen und rassistischen Grundlagen. <p><u>Rechtsextreme Aktivitäten</u> werden in der Öffentlichkeit durch Angriffe, Terroranschläge und Mordanschläge sichtbar und/oder durch</p> <ul style="list-style-type: none"> • die Mitwirkung und Unterstützung rechtsextremer Parteien, Organisationen und Gruppen und/oder • die Verwendung von rechtsextremen und rassistischen Symbolen, Begriffen und Codes.